

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

ersch. wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jahn.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgehaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **389000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Noch sind die Erörterungen in Erinnerung, die sich an die Eisenlieferungsverträge zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und dem Stahlwerksverband im Jahre 1907 knüpften. Nicht geringes Erstaunen rief damals die Besannmachung hervor, daß dem Stahlwerksverband für die Lieferungen in den Jahren 1908 bis 1910 von der Staatsverwaltung beträchtliche Preisrückstellungen zugestanden wurden, obgleich die früheren Preise durchaus nicht niedrig waren und die großen Aufträge vor allem in einer Zeit erfolgten, in der kein Zweifel mehr bestand, daß die Hochkonjunktur nicht nur beendet war, sondern die allgemeine Wirtschaftskrise sich rasch ausbreitete. Statt des früheren Grundpreises für Schienen von 112 M. pro Tonne wurden dem Syndikat 120 M., statt des Grundpreises für eiserne Schwellen von 105 M. ein solcher von 111 M. gewährt. Dieses Entgegenkommen des Fiskus an den Stahlwerksverband trat um so krasser hervor, da bald nach dem Abschluß des Syndikats sich den privaten Abnehmern gegenüber zu Preiserhöhungen entschließen mußte, aber noch weit härtere Preisherabsetzungen auf den ausländischen Märkten vornahm. Außerordentliches Interesse erregte daher die Nachricht, daß am 18. November dieses Jahres ein neuer Vertrag über die Lieferung des Bedarfs der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft für zwei Jahre zum Abschluß gelangt sei. Zunächst mußte angenommen werden, daß eine Aenderung des im Jahre 1907 vereinbarten Vertrages erfolgt sei, da dieser Vertrag vom 1. April 1908 an auf drei Jahre Gültigkeit haben sollte, also erst am 31. März 1911 abläuft. Nach offiziöser Darstellung ist jedoch keine Kündigung der alten Verträge eingetreten, der jetzt abgeschlossene Vertrag tritt erst am 1. April 1911 in Kraft. Der frühzeitige Abschluß wird so erklärt, daß der Bedarf des jeweiligen Staatsjahres bereits im Herbst des Vorjahres dem Stahlwerksverband in Auftrag gegeben wird; die Lieferung erfolgt dann im Winter und Frühjahr, damit die Staatsbahn über den Bedarf bei Beginn des Staatsjahres verfügen könne. Zugleich wurde bekannt, daß der Vertrag mit den Staatsbahnen von Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen, ebenso auch mit den Staaten Oldenburg und Mecklenburg noch drei Jahre läuft, da er 1907 mit fünfjähriger Gültigkeit abgeschlossen wurde.

Was die neuen Verträge besonders bemerkenswert macht, ist, daß die vorhergesehenen Preise gegenüber 1907 ermäßigt worden sind, und zwar für Schienen auf 116 M. und für eiserne Schwellen auf 107 M., die Ermäßigung beträgt also je 4 M. für die Tonne. Von der gesamten Fachpresse sind diese Preise als für den Stahlwerksverband günstig und gewinnbringend bezeichnet worden, daraus ergibt sich von neuem, welche riesigen Uebererlöse in dem Vertrag von 1907 auf die Dauer von drei Jahren dem Syndikatkapital von der Staatsverwaltung gewährt wurden. Mehr noch als Preußen sind die anderen deutschen Staatsbahnverwaltungen durch diese Verträge geschädigt worden, denn sie haben die überaus hohen Preise gleich auf die Dauer von 5 Jahren akzeptieren müssen, was wohl nicht gesehen wäre, wenn das Syndikat sich nicht auf den Vertrag mit der preussischen Verwaltung, die der größte Eisenkonsument Deutschlands ist, hätte stützen können. In der Krisenzeit hat die Eisenindustrie nun fortwährend darüber geklagt, daß die Staatsbahnverwaltungen mit Aufträgen zurückhalten, während sie in der Hochkonjunktur eifrig große Lieferungen drängten, obwohl gerade bei der verschlechterten Wirtschaftslage härtere Staatsbestellungen zur Abschwächung der Krisenwirkungen um so willkommener gewesen wären. Man glaubte, der preussischen Verwaltung nachfragen zu können, daß sie mit Aufträgen 1908 und 1909 zurückhielt, weil sie eingeschätzt habe, daß sie von den Eisenmagnaten übers Ohr gehauen worden sei und die Folgen der unberechtigt hohen Preise im Staatsinteresse durch möglichst geringe Bestellungen abzumildern versuche. Das dürfte jedoch nur zu einem kleinen Teile zutreffen, die geringen Bestellungen in den Krisenjahren — die Verträge sehen die Lieferung des Gesamtbedarfs, aber kein bestimmtes Quantum vor — erklären sich weit mehr daraus, daß durch die vorhergegangenen großen Lieferungen, bei der in der Krise auch eingeschränkte Bautätigkeit, der fiskalische Bedarf mehr als gedeckt war. Die üblen Folgen einer solchen Politik hat ganz besonders die Arbeiterschaft zu tragen, an den Vorteilen der Eisenmagnaten, durch die die Staatsinteressen schwer schädigenden hohen Schienen- und Schwellenpreise, hatte sie keinen Anteil, wohl aber litt sie unter dem Ausbleiben der Staatsaufträge in der Krisenperiode. Immer wieder ist auf die Bedeutung, die die Staatsbestellungen bei einem wirtschaftlichen Rückgang haben, hingewiesen worden, sie können die Wirkungen einer Krise viel besser mildern als plötzlich geschaffene Notstandsarbeiten. Auch das Untermehmen verfiel, darauf hinzuwirken zu wollen, daß im Juli die großen Staatsarbeiten unter Berücksichtigung der Konjunktur verteilt werden sollen. Aber die schönen Versicherungen scheinen schon vergessen zu sein; wird die Eisenbahnverwaltung von Preußen-Gesellen auf Grund der neuen Verträge erheblich verstärkte Lieferungen verweigern, was nach ihrer bisherigen Zurückhaltung und infolge der nun ermäßigten Preise allgemein erwartet wird, so wird sich das Spiel wiederholen, daß just in der Hochkonjunktur, wo an sich die Aufspannung aller Kräfte gearbeitet wird, auch wieder die Staatsbestellungen einlaufen werden. Ein solcher unheilvoller Zustand ist aber im Grunde genommen dem Syndikat nicht unangenehm, es

benutzt den Ueberfluß von Aufträgen dann zur Begründung von Preisforderungen. Wir konnten auch bereits den Nachweis liefern, daß in der vergangenen Hochkonjunkturperiode der Stahlwerksverband den Eisenbahnverwaltungen keine Mäßigung ihrer Preisforderungen nahelegte, sondern im Gegenteil trotz der großen vorliegenden privaten Aufträge und Arbeiten für den Export auch die Staatsbahnen zu möglichst umfassenden Bestellungen drängte.

Zur Kennzeichnung der Ueberverteilung der deutschen Staatsbahnverwaltungen durch den Stahlwerksverband wurde schon erwähnt, daß auf dem internationalen Schienenmarkt innerhalb der letzten zwei Jahre die Preise stark gefallen sind, trotz des Bestehens des internationalen Schienenkartells, dem auch der Deutsche Stahlwerksverband angehört. Zu den neuen Konkurrenten, die auf den von dem internationalen Kartell früher unbefritten beherrschten Gebieten auftraten, gehörten neben dem kanadischen Stahltrüß, dessen Leistungsfähigkeit sich nicht unbedeutend erhöht hat, die russischen Eisenwerke und selbst die chinesischen Hanyang-Eisen- und Stahlwerke. Diese chinesischen Eisenwerke sind durchaus moderne Betriebe, vor wenigen Monaten gelang es ihnen, bei dem Bau der Kienlin-Pukow-Eisenbahn in der Konkurrenz gegen den Deutschen Stahlwerksverband, dem der größte Teil der Schienenlieferungen zufiel, immerhin einen Auftrag von 7000 Tonnen Spitzständer Schienen zu erlangen. Nun berichtet das Berliner Tageblatt, daß dieses chinesische Eisenwerk einen aufsehenerregenden Abschluß nach den Vereinigten Staaten gemacht hat, und zwar handelt es sich diesmal um die Lieferung von Roh-eisen in Höhe von 50 000 Tonnen. Die Hanyang-Werke wurden 1891 unter Mithilfe englischer Ingenieure und mit meistens englischem Material errichtet. Das Werk ist zwar 750 englische Meilen von der Küste entfernt, von wo das Fabrikat aber zu sehr niedrigen Frachtkosten an das Seegestade gebracht werden kann. Ursprünglich bestand das Werk aus zwei Hochofen von je 50 Tonnen täglicher Produktion, die später auf je 100 Tonnen erhöht wurde, und seitdem wurde ein dritter mächtiger Hochofen von 300 Tonnen Tagesproduktion errichtet. Außerdem besitzt das Werk 20 Puddelöfen, 2 Bessemeröfen und 2 Walzenstraßen. Im Jahre 1904 ist das Werk der Leitung eines chinesischen Eisenbahndirektors unterstellt worden, dem große Fähigkeiten nachgerühmt werden; er hat die Anlagen vollständig modern umgewandelt und bedeutend erweitert. Geradezu unerhörliche Lager von Eisenerzen und Kohlen sollen dem Unternehmen zur Verfügung stehen. Der Londoner Korrespondent des Berliner Tageblattes fügte diesen Angaben hinzu: „Die Werke haben eine weitere gewichtige Stütze in den niedrigen Arbeitslöhnen, sie beschäftigen augenblicklich 4000 chinesische Arbeiter zu Löhnen von 1 s. 3 d. bis 5 s. pro Tag, während Tagelöhner in unbegrenzten Mengen von 3 bis 5 d. pro Tag heranzuziehen sind.“ Den Schilderungen ihres Korrespondenten über die Arbeitsverhältnisse in den chinesischen Eisenwerken tritt in bemerkenswerter Weise die Redaktion des Tageblattes entgegen. Sie bemerkt, daß sie kürzlich Gelegenheit gehabt habe, einen in Hankow wohnenden europäischen Hüttenmann unmittelbar vor seiner Rückreise nach Hankow über die Möglichkeit eines eventuellen größeren Wettbewerbs der Hanyang-Werke am Weltmarkt zu befragen. Auch er betonte den großen Reichtum des dortigen China an Erzen verschiedenster Art, über die Wettbewerbsfähigkeit des chinesischen Unternehmens am internationalen Markt war er jedoch etwas anderer Ansicht, und was das interessanteste ist, gerade wegen der Arbeiterfrage. „Hier“, meinte er, „ist kaum ein größerer Unterschied zwischen den Gesteinsoberkosten in China und Europa. Es sei zweifellos richtig, daß in der Gegend von Hankow chinesische Arbeiter zu einem Lohn von 40 bis 50 s. pro Tag genügt zu haben seien, aber mit ihnen können man kein Roh-eisen und erst recht keinen Stahl machen. Hierzu seien gelernte Arbeiter erforderlich, die gleich weitaus höher bezahlt werden müßten; denn sobald der chinesische Arbeiter etwas gelernt habe, werde er außerordentlich anpruchsvoll, er käme nicht mehr zur Arbeit, wenn er nicht wesentlich höher bezahlt werde. Für Qualitätsarbeiten sei ein Tagelohn von 5 bis 6 M. nichts ungewöhnliches. Dabei würde aber dann in Europa noch eines allgemein übersehen, die Leistungsfähigkeit des einzelnen. Man dürfe hier doch sagen, daß selbst von den gelerntsten, also hochbezahlten Arbeitern auf einen europäischen zwei, wenn nicht drei chinesische Arbeiter kämen.“

Außer den Eisenbestellungen haben deutsche Staatsbahnverwaltungen in letzter Zeit auch größere Lokomotiven- und Waggonaufträge vergeben. Die dem Bestand der norddeutschen Maschinen- und Lokomotivfabriken angehörenden Fabriken erhielten von Preußen die Lieferung von 492 Lokomotiven im Gesamtwerte von mehr als 36 Millionen Mark. Die Lieferungsfrist läuft vom 1. April bis 30. September 1910. Große Neuananschaffungen sind für die sächsischen Staatsbahnen für die Finanzperiode 1910/11 vorgesehen. So 68 Lokomotiven, 52 Tender, 273 Personenwagen, 50 Gepäckwagen, 4612 vollspurige Güterwagen, 60 schmalfpurige Güterwagen und 60 schmalfpurige Kollwagen. Ein sehr großer Teil dieser Arbeiten wird der sächsischen Maschinenfabrik Hartmann in Chemnitz, der sächsischen Waggonfabrik in Verdau und der Waggonfabrik Busch in Bayreuth-Hamburg zufallen.

Der U. E.-G. ist die Siemens & Halske-Aktiengesellschaft mit einem Abschluß gefolgt, der gleichfalls eine wesentliche Steigerung des Ueberflusses aufweist und auch eine Erhöhung der Dividende um 1 Prozent dekretiert. Es beträgt der

Ueberfluß 11 429 009 M. gegen 9 688 263 M. im Vorjahre, der Reingewinn abzüglich des Vortrages von 1 036 212 M. (im Vorjahre 1 026 160 M.) beläuft sich auf 10 392 797 M. gegen 8 663 103 M. im Vorjahre, die Reingewinnsteigerung beträgt also 1 729 694 M. An der Dividende von 12 Prozent nimmt diesmal ein Kapital von 68 Millionen Mark teil, während im Vorjahre bei einer Dividende von 11 Prozent ein Kapital von 54,5 Millionen Mark daran partizipierte. Die bisher im laufenden Geschäftsjahre eingegangenen Bestellungen übersteigen nach Mitteilung der Verwaltung den Betrag der gleichen Periode des Vorjahres. — Die Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H., die in der Hauptfrage die früheren Starkstromwerke der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft und die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Schuckert & Co. in Nürnberg umfassen, werden, wie im Vorjahre, eine Dividende von 10 Prozent gleich 9 Millionen Mark auf das 90 Millionen Mark betragende Stammkapital zur Ausschüttung bringen. Die Verwaltung erklärt, daß in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres Aufträge in recht betrübendem Umfang eintrugen. — In einem ausführlichen Bericht über den steigenden Erfolg der beiden Elektrizitätskongerne U. E.-G. und Siemens-Schuckert-Werke werden die Ergebnisse der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke. Während die erstgenannten Pongere seit 1905/06 ständig wachsende Dividenden zur Verteilung brachten und im Jahre der schärften Krise den Dividendenfuß noch erhöhten, betrug die Dividende bei Felten-Guilleaume-Lahmeyer 1905, dem Jahre der Fusion zwischen der U. E.-G. Felten & Guilleaume Karlwerk in Wilhelm und der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt a. M., 10 Prozent, im Jahre 1906: 11 Prozent, für 1907 wurde die Dividende auf 10 Prozent gekürzt, im Jahre 1908 erfolgte eine Ermäßigung auf 8 Prozent. Für 1909 wird nach einer vorliegenden Erklärung der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke mit einer weiteren möglichen Reduktion der Dividende zu rechnen sein. Man wird die Gründe einer derartigen Entwicklung zu einem nicht unwesentlichen Teil darin erblicken können, daß sich die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke weniger als die U. E.-G. und Siemens & Halske-Gruppe auf einen so großen und weitverbreiteten Kreis von Untergesellschaften stützen konnten, daher durch die Krise stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden. Durch das erst in der letzten Rundschau wieder besprochene Gründungsmitglied, das die U. E.-G. und Siemens & Halske intensiver betreiben, erhielten sie nicht nur entsprechend mehr sichere Aufträge, bei derartig herausgehobenen Bestellungen kommen alsdann auch Preisunterbietungen nicht in Frage. Weiterhin wird in bestimmter Form behauptet, daß die Verschmelzung von Felten-Guilleaume mit den Lahmeyer-Werken organisatorisch und technisch noch nicht recht befriedigend vollzogen sei. Von der Wilhelm-Gruppe wird die Schuld dafür dem Frankfurter Unternehmen zugeschoben, dessen Expansionspolitik angeblich nicht die erwarteten Erfolge erzielt haben sollte. Die zweifelslos bestehenden Differenzen zwischer Wilhelm und Frankfurt haben dem auch zum Rücktritt des Vorstands der Frankfurter Werke, Prof. Salomon, geführt. Trotz der Zugehörigkeit der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke zum Elektrokartell entwickelte sich zwischen ihnen und den beiden anderen Kartellgruppen, der U. E.-G. und der Siemens-Halske-Schuckert, auf vielen Gebieten eine verärgerte Konkurrenz, die auch zur Beeinträchtigung des Gewinnergebnisses beigetragen haben dürfte. Daß das Verhältnis innerhalb des Elektrokartells getrübt ist, war bereits daraus zu entnehmen, daß U. E.-G. und Siemens-Halske-Schuckert unter Ausschluß von Felten-Guilleaume-Lahmeyer vor etwa einem Jahre die Elektrobank begründeten, einige Wochen darauf schritt die Gruppe Felten-Lahmeyer dann zur Errichtung einer eigenen Elektrobank.

Das nach Trupstellung strebende Verlangen der U. E.-G. dürfte weitere Veränderungen der Gruppierung verschiedener Unternehmungen in der Elektrizitätsindustrie in absehbarer Zeit bedingen. Häufiger haben wir schon den Kampf der U. E.-G. und der Siemens-Gruppe gegen die Bergmann- & Elektrizitäts-Werke erwähnt, die sich im Kampfe eine sehr achtunggebietende Stellung zu erringen vermochten. Neuerdings sprechen weitere Anzeichen dafür, daß die U. E.-G. nicht nur gegen Bergmann, sondern auch gegen die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwanckloppf scharfe Vorstöße unternimmt. Zu der Handelspost wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Schwanckloppf-Gesellschaft ihre elektrische Abteilungen weiter ausgebaut hat, namentlich seit Begründung der Maffel-Schwanckloppf-Werke entwickelte sich ihre elektrische Abteilung immer mehr zu einem großen Elektrizitätskongern. Andere Maschinenfabriken haben früher errichtete elektrische Abteilungen abgeschlossen, so zum Beispiel Gebr. Köring, die ihre elektrische Abteilung an die U. E.-G. abgaben. — Die Bergmann-Gesellschaft schiedet auch 1909 geschäftlich gut ab, die Verwaltung teilt mit, daß das Unternehmen in allen seinen Abteilungen recht zufriedenstellend beschäftigt gewesen ist, besonders haben sich die Erwartungen, die an die Errichtung des Rosenfelder Werkes geknüpft wurden, vollumfänglich erfüllt. Der Umsatz ist im Vergleich zu dem des Vorjahres ganz wesentlich gestiegen. Im Vorjahre kam eine Dividende von 18 Prozent zur Verteilung, die Verwaltung glaubt auch in diesem Geschäftsjahre den Aktionären ein recht gutes Resultat vorlegen zu können. — Die Schwanckloppf-Gesellschaft Berlin verteilt für 1908/09 mit 16 Prozent eine gegen das Vorjahr um 1 Prozent erhöhte Dividende. Nach Abschreibungen von 1 005 561 M. (im Vorjahre 951 842 M.) ergibt sich ein Ueberfluß von 2 326 798 M. gegen 1 973 881 M. im Vorjahre. Daß der Reingewinn trotz des weiteren Rückganges der Verkaufspreise eine erhebliche Erhöhung aufweist, so erklärt der Geschäftsjahresbericht, ist auf drei Umstände zurückzuführen: „Einmal war es uns gelungen, den Umsatz noch zu erhöhen, dann haben wir den Niedergang der

Materialpreise bei allen Aufträgen mit längerer Lieferzeit in Betracht zu ziehen, und die indirekten Steuern aber sind solche, die auf irgendwelche Bedürfnisse, zum Beispiel auf Salz, Getreide, Bier, Fleisch, Fruchtmaterial oder zum Beispiel auf Bedürfnis nach Kosmetik, Zigaretten, Spielzeugen etc. gelegt werden und die sehr häufig der einzelne in dem Maße der Dinge bezahlt, ohne zu wissen, daß er sie bezahlt, daß es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge verleiht. Nun wird Ihnen bekannt sein, meine Herren (die Schrift war als Verzeihungsbete vor dem Gericht in Berlin ausgelesen, aber nicht gehalten worden), daß jemand, der 20, 50, 100 mal so reich ist als ein anderer, deshalb durchaus nicht 20, 50, 100 mal so viel Salz, Brot, Fleisch etc. verbraucht, sondern nur ein wenig mehr. Sie durch kommt es, daß der Betrag aller indirekten Steuern, statt die Personen nach Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens zu treffen, seinem bei weitem größten Teile nach von den Unbemittelten, von den ärmeren Klassen der Nation gezahlt wird. Nun hat zwar die Bourgeoisie die indirekten Steuern nicht eigentlich erfunden, sie erglitzerten schon früher. Aber die Bourgeoisie hat sie erst zu einem unerhörten Systeme entwickelt und ihnen beinahe den gesamten Betrag der Staatsbedürfnisse aufgebürdet."

Die Steuerlasten der deutschen Arbeiter.

Die Nation die folgende Kritikfaktoria auch besitzen können: „Pflichten der Arbeiter und Rechte der Besessenen“, ist doch in den Parlamenten wie in Unternehmerverfammlungen und in der bürgerlichen Presse nur immer von den Pflichten der Arbeiter, aber von dem Rechte, das mit uns geboren, selber nie die Rede. „Gleich, Gottesfurcht, Mitleidenschaft und Auftriebener!“ empfahl der jetzige Reichstagspräsident v. Bethmann-Hollweg als selbster Staatsetzler den Arbeitern in einer Rede, die er am 20. Oktober 1907 in Berlin an die Delegierten des „Christlich-nationalen Arbeiterkongresses“ richtete, und Sparfamlettskapitel hatte Billow im Reichstag dem Volke in dem gleichen Augenblick empfohlen, da er den Raubzug für die 500 Millionen neuer Steuern auf die Taschen desselben, einleitete. Es ist geradezu Selbstmord und blutiger Mord, wenn von jener Seite dem Volke Sparfamletts und Auftriebener gepredigt wird, also sogenannte „bürgerliche Tugenden“, die sie selbst nicht kennen oder besitzen. Was sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit ihren Jahreseinkommen von 300, 500, 800, 1000 M nicht imstande sind, die letzte Not und Entbehren von sich fernzuhalten, während die Herren Sparfamlettskapitel große Grundbesitzer und Millionäre mit Hunderttausenden von Jahreseinkommen sind und ein Leben führen, das in den Augen der arbeitenden Arbeiter als sinnloser Luxus, als unverantwortliche und aufreizende Verschwendung erscheinen muß, von solchen Reden halten? Und warum beschäftigt die Regierung im Staatshaushalt die so dringend notwendige Sparfamletts nicht? Warum richtet sie die Ausgaben nicht nach den Einnahmen, um endlich einmal mit dem Schuldenmachen zu Ende zu kommen, aber auch das Volk vor weiterer Vermehrung der Steuerlasten zu bewahren?

Es ist eine schlimme Miswirtschaft, die im Deutschen Reich seit Jahrzehnten getrieben wird und die es fertig brachte, daß trotz der fortwährenden und rapiden Steigerung der Einnahmen bis auf 2 1/2 Milliarden eine Schuldenlast von bald 5 Milliarden entstand, die Jahr für Jahr enorme Summen (1909: 171 Millionen Mark) für ihre Verzinsung erfordert.

Es wäre aber einseitig, nur die Regierung für die finanzielle Miswirtschaft im Reich verantwortlich zu machen, denn die Ausgaben, die sie macht, sind gestützt durch die betreffenden Gesetze und sie sind vom Reichstag bewilligt in Form des alljährlichen Budgets. Es sind also die bürgerlichen Parteien, und zwar ohne jede Ausnahme mitverantwortlich für die schwere Finanzkrise, in der sich das Reich permanent befindet und die in immer kürzeren Zwischenräumen zu neuen Überläufen am Volkstempel führt. Alle bürgerlichen Parteien haben seitdem die Regierungsvorlagen für die Vermehrung des Heeres und der Marine, die Ausgaben für neue Festungen, Kasernen, Gewehre und Kanonen, für Erhöhung der Offiziersgehälter, für neue Kriegsschiffe, für die Kolonial- oder Weltpolitik bewilligt und dadurch an der geradezu jabelhaften Erhöhung der Reichsausgaben mitgewirkt. Satten sie die sich immer wiederholende Vermehrung der Reichsausgaben beschließen, so mußten sie nachher auch die Mittel zu ihrer Deckung bewilligen, was auch geschah. Mit dem berühmten „schweren Herzen“ stimmten einmal um das andere mal die Konservativen, Nationalliberalen, Freiwiljigen, Polen, das Zentrum, die Antikemiten, Elsäßer u. s. w. für neue Steuerentwürfe, für „Steuereformen“, die immer nur die bedeutende Vermehrung der Einnahmen des Reiches zum Zweck hatten.

Das „schwere Herz“ der bürgerlichen Steuerbewilliger ist einer jener Leiden demagogischer Reden, mit denen das Volk irreführt und betrogen wird. Das „schwere Herz“ der bürgerlichen Steuerbewilliger würde eine christliche Form annehmen, wenn sie die fortwährenden Steuererhöhungen aus ihres von Laizis bezogen wüßten, wenn es sich um direkte und indirekte Steuern handelte und wenn die Erbschaftsteuern handelte würde. Dem ist aber, wie bekannt, nicht so, vielmehr sind es nur indirekte Steuern, die fortwährend noch weiter vermehrt und erhöht werden. Es sind die selber in den Taschen der großen Masse des arbeitenden Volkes, die die bürgerlichen Parteien mit „schwerem Herzen“ durch die indirekte Steuer eskalieren und die es ihnen daher so leicht macht, der Regierung immer wieder neue Ausgaben und bewundernswürdigen Steuerentwürfe zu bewilligen. Kein Zweifel, die Steuer- und Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches würden ganz andere, gesunde sein, wenn die besessenen Klassen durch hohe direkte Steuern des Einkommens der Reichseinkommen anbringen wüßten, wie es in Rücksicht auf ihre partei Steuerkraft in der Tat auch sein sollte; denn dann würden ihre Vertreter im Reichstag die bürgerlichen Parteien insofern, neue Forderungen der Regierung mit „schwerem Herzen“ ablehnen, was nicht in der Folge die Steuerlasten ihrer Wähler und ihrer Klasse erhöhen zu müssen.

Würden sich aber einmal die bürgerlichen Abgeordneten nicht zeigen und eine neue jüblende Erhöhung der direkten Steuern, der Löhne der besessenen Klassen, beschließen, so bedeutete das die Revolution im ganzen Reich. Protestveranstaltungen, Entlassungen, Revolution der monarchischen Regierung, Auswanderung des Königs, Republikanismus gegen ihre Abgeordneten mit dem revolutionären „schweren Herzen“ würden Monarchie und Parlament zerstört und so der Regierung und dem Reichstag den Fehlschlag, sich noch einmal eine solche „unpolitische“ „Erleichterung“ zu erlauben. Wir haben das alles in der Praxis erlebt in der letzten Woche nämlich der von der Regierung vorgelegten Entwurfssteuer, die infolge der Umtriebe der Jaster und Jastergeister gerade eine Katastrophe herbeiführte, den „liberal“-konservativen Bloch zerlegte und den neuen jüblenden Schachschloß entzweite. Der Reichstagspräsident Billow jüblte und aus dem Reichstagspräsidenten wurde die jüblende jüblende mit jüblend-politischer Empörung verurteilt wurde. Jüblendjüblende hatten sich bekanntlich auch die christlichen Arbeitervereine, die Reichstagsabgeordnete jüblten, auf Kommando der Jaster und Jaster des Zentrums mitempört und kam in dem ihnen die direkte Steuer für die Reichs abgelehnt und 400 Millionen neue indirekte Steuern zur neuen, schweren Belastung der Besessenen mitbewilligen.

Die indirekten Steuern, die die Finanzverwaltung des Deutschen Reiches bilden, sind für seine Finanzverhältnisse jüblend wie für die große Masse des Volkes zum Fluch geworden, zum Verhängnis für den Klassenkampf in jeder Beziehung und da, wo wollen wir uns mit ihnen etwas näher beschäftigen. Es war bekanntlich Casselle, der über die indirekten Steuern eine umfangreiche Schrift veröffentlicht hat, die heute noch das Beste in der über diese Materie vorhandenen Literatur ist. Casselle definiert die Begriffe der direkten und indirekten Steuern und damit zugleich auch den Unterschied, der zwischen den beiden Steuerarten besteht. Er sagt hierüber: „Direkte Steuern sind solche, welche wie Kapitalgüter Einkommensteuer

oder die Klassensteuer vom Einkommen erhoben werden und sich bei einer organisch-kapitalistisch-gewerblichen, durch und durch arbeitserfaindlichen Partei: des Zentrums.“

„Laut sagt der Herr Generaldirektor Stegerwald: „Die älteren deutschen Gewerkschaftsgruppen — die sozialdemokratischen und auch die Christlich-nationalen Gewerkschaften — waren von vornherein mit politischen Parteistrebungen verwahten“ — womit gesagt sein soll und worüber die folgenden Ausführungen seinen Zweifel lassen: die christlichen Gewerkschaften waren nicht mit politischen Parteistrebungen verwahten. Hier müssen wir den oben erhobenen Vorwurf wiederholen: entweder der Herr Generaldirektor kennt die Geschichte der Bewegung nicht, der er dient, oder er stellt die Sache absichtlich falsch dar, um den christlichen Gewerkschaften eine Selbstständigkeit zu sichern, die ihnen nicht zukommt. Wir machen gar kein Geheim daraus, daß unsere Gewerkschaften von Anfang an mit der Sozialdemokratie eng verbunden waren; wir haben alles Interesse daran, daß die engen Beziehungen von Partei und Gewerkschaft, ohne daß wir behaupten auf unser Selbstbestimmungsrecht und die besondere Pflege unserer gewerkschaftlichen Aufgaben verzichten wollen, stets erhalten bleiben. Aber es heißt das Blau vom Himmel heruntergeschwinkeln, wenn man behaupten will, die christlichen Gewerkschaften seien zum Unterschied von den anderen Richtungen nicht „von vornherein mit politischen Parteistrebungen verwahten“ gewesen. Wer wie wir das Entschieden der christlichen Gewerkschaften beobachtet hat, der weiß, daß die Zentrumsleute in gewissem Maße in weltlichem Gewand waren, die die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen haben, zu dem damals eingestanden und anerkannten Zweck, durch diese Sonderorganisationen die katholischen Arbeiter von den freien Gewerkschaften und damit vom Übergang ins sozialdemokratische Lager abzuhalten.“

Dann fährt der Herr Generaldirektor der christlichen Gewerkschaften fort: „Eine nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe, die in Deutschland Massenbewegung werden will, kann ihr Ziel, möglichst breite Massen anzuziehen, nur erreichen, wenn sie sich ein bestimmtes umgrenztes Aufgabengebiet steckt. Und als solches hat die christliche Gewerkschaftsbewegung gewählt: möglichst günstige Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß damit nicht alle Arbeiterinteressen befriedigt sind; der Rest muß aber an anderer Stelle, mittels anderer Institutionen zur Geltung gebracht werden. Tatsache bleibt aber, daß das Aufgabengebiet, das sich die christlichen Gewerkschaften gestellt, die für die Gegenwart dringendsten und wichtigsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse vorsetzt... Kurz: die christlichen Gewerkschaften wollen für die Arbeiter eine ähnliche Interessenvertretung darstellen, wie es die Innungen und Arbeitgeberverbände für die Unternehmer sind.“

In diesen Ausführungen ist wieder einmal jeder Satz ansehnbar. Die christlichen Gewerkschaften wollen Interessenvertretungen wie die Arbeitgeberverbände sein. Als ob die Unternehmerverbände so dumm wären, sich nicht mit Politik zu beschäftigen, als ob sie nicht bei wirtschafts-, handels-, zoll- und steuerpolitischen Maßnahmen in der entscheidendsten Weise Stellung nähmen, als ob nicht gerade jetzt bekanntgeworden sei, daß die deutschen Unternehmerverbände einen „Juliussturm“, das heißt einen Wahlsturm zu errichten vorhaben, die sich auf die Wahrung der Unternehmerinteressen verpflichten. Und als ob dann endlich die Unternehmer so dumm wären, sich nach ihren religiösen Sondermeinungen zu zersplittern und christliche und andere Verbände zu gründen, wie das die Herren Stegerwald, Wiesberts u. s. w. ihrem Gesolge zur Pflicht machen.

Die Meißheit brauchen uns die Christlichen wahrhaftig nicht zu lehren, daß die Gewerkschaften ihre besonderen, von der politischen Partei getrennten Aufgaben haben, auf deren Durchführung sie ihre Haupttätigkeit zu wenden haben. Aber diese besonderen Gewerkschaftsaufgaben haben doch vielfach Beziehungen zum politischen Leben. Ohne ein vernünftiges Wahrrecht in Reich, Staat und Gemeinde ist zum Beispiel das Streben nach wirksamem Arbeiterschutz vergeblich, eine die Massen schädigende Wirtschafts-, Zoll- und Steuerpolitik ist geeignet, die Erwerbschancen der Arbeiter auf dem Gebiet einer Forderung der Lebenshaltung zunichte zu machen. Wenn deshalb solche Fragen zur Behandlung stehen, dann ist es im gewerkschaftlichen wie im allgemeinen Interesse die Pflicht der organisierten Arbeiter, an die Seite der politisch tätigen Arbeiterchaft zu treten, um die ganze Macht der Arbeiterbewegung geltend zu machen für die Erweiterung der Volksrechte und für die Abwehr volks- und arbeitserfaindlicher Maßnahmen.

Christliche Reinwaschungsversuche.

Es. Die christlichen Gewerkschaften haben wie vor sieben Jahren bei dem Volkstaxi so auch jetzt bei der Reichsfinanzreform dem Zentrum, dem sich ihre Führer auf Geheiß und Verberb verpflichtet fühlen, eifrige Handlangerdienste geleistet. Sie haben zunächst unter Berufung auf die Pflicht der „politischen Neutralität“ keinen Finger gerührt, um zu verhindern, daß der deutschen Arbeiterchaft zu der alten eine neue Steuerlast von einigen hundert Millionen Mark aufgeschleppt wurde. Sie haben dann, als der Steuerentwurf in Sicherheit war, durch ihre Führer und Blätter alles getan, um die Schandtat zu rechtfertigen und die Partei, die an der neuen Volksplünderung den Hauptanteil trägt, vor dem Unwillen der empörten Volksmassen zu schützen. Es ist merkwürdig, als es galt, die Reichsfinanzreform mit ihrer ungemeinlichen Belastung der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren, da fanden die christlichen Gewerkschaften Gehör bei Fuß — aus „politischer Neutralität“; jetzt aber, wo es gilt, die Arbeiter aufzuklären über die Größe der neuen Last und die Schuld der Parteien, die daran mitgewirkt haben, da ergreifen die christlichen Gewerkschaften durch ihre Blätter und Agitatoren offene Partei, da beschreiben sie in Reden und Artikeln die Haltung des blauschwarzen Blods zu rechtfertigen — aller „politischen Neutralität“ zum Trotz. Diese widersprüchliche Haltung ist nicht nur uns aufgefallen, auch auf bürgerlicher Seite ist namentlich von der Frankfurter Zeitung ist darauf hingewiesen worden, daß sich die christlichen Gewerkschaften öfters so verhalten, daß es dem Zentrum zum Besten dient. Gegenüber diesen jüblenden Auffassungen über den Charakter der christlichen Gewerkschaften, die zum Teil auf Materialismus in Gewerkschaftsfragen beruhen, teilweise durch die Parteibühne geführt erscheinen, heißt Herr Adam Stegerwald, der Generaldirektor des Gewerkschaftsbundes der christlichen Gewerkschaften, ein „Märendes Wort an die Partei, die außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehen, für angebracht und notwendig“. Und dieses „Märende Wort“ jüblend sich in einem Artikel in der Kölnischen Volkszeitung, von wo es in die christliche Gewerkschaftszeitung, darunter auch das Blatt des „christlichen Metallarbeiter-Verbandes“ übergegangen ist.

Herr Stegerwald bezettelt zunächst: „Da die christlichen Gewerkschaften als Anhänger der verschiedensten politischen Parteien sich rekrutieren, und ihre Mitglieder nicht bloß Arbeiter, sondern auch Staatsbürger darstellen, so ist es verständlich und ansehend, daß, besonders bei wichtigeren und wichtigeren Fragen, möglichst jede Partei von den christlichen Gewerkschaften ein Verhalten wünscht, das ihren Parteistrebungen jüblend.“ — Wenn das die wirkliche Meinung des Herrn Generaldirektors ist, dann muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er über das Zentrum die Organisation, an deren Leitung er mitwirkt, jüblend unterstützt ist. Aber Herr Stegerwald kennt das Wesen der christlichen Gewerkschaften und er stellt absichtlich die Sache falsch dar, um „die Partei, die außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehen“, zu täuschen. Es ist einfach nicht wahr, daß die christlichen Gewerkschaften sich aus Anhängern der verschiedensten politischen Parteien rekrutieren. Die christlichen Gewerkschaften bestehen zu einem großen Teil aus Zentrumsanhängern, der Rest besteht vorwiegend aus christlichsozialen Arbeitern der lutherischen Richtung, die sich wirtschaftlich, politisch und geistig vom Zentrum kaum unterscheiden. Unsere Gewerkschaften sind, was die politische Richtung der Leitung und der Mitglieder betrifft, nicht sozialdemokratischer als die christlichen Gewerkschaften überhaupt sind, so daß wir mit demselben Rechte sagen könnten: die freien Gewerkschaften rekrutieren sich aus Anhängern der verschiedensten politischen Parteien. Aber wir unterlassen das, weil wir keinen Grund haben, zu verheimlichen, daß unsere Gewerkschaften zum allergrößten Teil aus Sozialdemokraten bestehen und deshalb auch die Tätigkeit unserer Gewerkschaften sich in sozialdemokratischer Weise vollzieht. Die christlichen Gewerkschaften hängen sich das „interkonfessionelle“ und „politisch-neutrale“ Mändelchen um, sie freuen die wir uns, als ob sie sich aus Anhängern aller Parteien zusammensetzten, um nicht offen gesehen zu müssen, daß sie weiter nichts sind als der Anhang, die Handlanger

„Laut sagt der Herr Generaldirektor Stegerwald: „Die älteren deutschen Gewerkschaftsgruppen — die sozialdemokratischen und auch die Christlich-nationalen Gewerkschaften — waren von vornherein mit politischen Parteistrebungen verwahten“ — womit gesagt sein soll und worüber die folgenden Ausführungen seinen Zweifel lassen: die christlichen Gewerkschaften waren nicht mit politischen Parteistrebungen verwahten. Hier müssen wir den oben erhobenen Vorwurf wiederholen: entweder der Herr Generaldirektor kennt die Geschichte der Bewegung nicht, der er dient, oder er stellt die Sache absichtlich falsch dar, um den christlichen Gewerkschaften eine Selbstständigkeit zu sichern, die ihnen nicht zukommt. Wir machen gar kein Geheim daraus, daß unsere Gewerkschaften von Anfang an mit der Sozialdemokratie eng verbunden waren; wir haben alles Interesse daran, daß die engen Beziehungen von Partei und Gewerkschaft, ohne daß wir behaupten auf unser Selbstbestimmungsrecht und die besondere Pflege unserer gewerkschaftlichen Aufgaben verzichten wollen, stets erhalten bleiben. Aber es heißt das Blau vom Himmel heruntergeschwinkeln, wenn man behaupten will, die christlichen Gewerkschaften seien zum Unterschied von den anderen Richtungen nicht „von vornherein mit politischen Parteistrebungen verwahten“ gewesen. Wer wie wir das Entschieden der christlichen Gewerkschaften beobachtet hat, der weiß, daß die Zentrumsleute in gewissem Maße in weltlichem Gewand waren, die die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen haben, zu dem damals eingestanden und anerkannten Zweck, durch diese Sonderorganisationen die katholischen Arbeiter von den freien Gewerkschaften und damit vom Übergang ins sozialdemokratische Lager abzuhalten.“

Dann fährt der Herr Generaldirektor der christlichen Gewerkschaften fort: „Eine nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe, die in Deutschland Massenbewegung werden will, kann ihr Ziel, möglichst breite Massen anzuziehen, nur erreichen, wenn sie sich ein bestimmtes umgrenztes Aufgabengebiet steckt. Und als solches hat die christliche Gewerkschaftsbewegung gewählt: möglichst günstige Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß damit nicht alle Arbeiterinteressen befriedigt sind; der Rest muß aber an anderer Stelle, mittels anderer Institutionen zur Geltung gebracht werden. Tatsache bleibt aber, daß das Aufgabengebiet, das sich die christlichen Gewerkschaften gestellt, die für die Gegenwart dringendsten und wichtigsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse vorsetzt... Kurz: die christlichen Gewerkschaften wollen für die Arbeiter eine ähnliche Interessenvertretung darstellen, wie es die Innungen und Arbeitgeberverbände für die Unternehmer sind.“

In diesen Ausführungen ist wieder einmal jeder Satz ansehnbar. Die christlichen Gewerkschaften wollen Interessenvertretungen wie die Arbeitgeberverbände sein. Als ob die Unternehmerverbände so dumm wären, sich nicht mit Politik zu beschäftigen, als ob sie nicht bei wirtschafts-, handels-, zoll- und steuerpolitischen Maßnahmen in der entscheidendsten Weise Stellung nähmen, als ob nicht gerade jetzt bekanntgeworden sei, daß die deutschen Unternehmerverbände einen „Juliussturm“, das heißt einen Wahlsturm zu errichten vorhaben, die sich auf die Wahrung der Unternehmerinteressen verpflichten. Und als ob dann endlich die Unternehmer so dumm wären, sich nach ihren religiösen Sondermeinungen zu zerplittern und christliche und andere Verbände zu gründen, wie das die Herren Stegerwald, Wiesberts u. s. w. ihrem Gesolge zur Pflicht machen.

Die Meißheit brauchen uns die Christlichen wahrhaftig nicht zu lehren, daß die Gewerkschaften ihre besonderen, von der politischen Partei getrennten Aufgaben haben, auf deren Durchführung sie ihre Haupttätigkeit zu wenden haben. Aber diese besonderen Gewerkschaftsaufgaben haben doch vielfach Beziehungen zum politischen Leben. Ohne ein vernünftiges Wahrrecht in Reich, Staat und Gemeinde ist zum Beispiel das Streben nach wirksamem Arbeiterschutz vergeblich, eine die Massen schädigende Wirtschafts-, Zoll- und Steuerpolitik ist geeignet, die Erwerbschancen der Arbeiter auf dem Gebiet einer Forderung der Lebenshaltung zunichte zu machen. Wenn deshalb solche Fragen zur Behandlung stehen, dann ist es im gewerkschaftlichen wie im allgemeinen Interesse die Pflicht der organisierten Arbeiter, an die Seite der politisch tätigen Arbeiterchaft zu treten, um die ganze Macht der Arbeiterbewegung geltend zu machen für die Erweiterung der Volksrechte und für die Abwehr volks- und arbeitserfaindlicher Maßnahmen.

Wer das nicht begriffen hat, der mag sich sein Begehrt als Gewerkschaftsführer mitgeben lassen. Aber die Sachlage ist ja so einfach, daß auch die geistigen Fähigkeiten der christlichen Führer hinreichen, ihre Richtigkeit zu erkennen. Aber sie dürfen nicht nach ihrer Erkenntnis handeln, weil sie in erster Linie sich der politischen Partei verpflichtet fühlen, der gegenüber sie keine wirksame Arbeiterpolitik in den ihnen anvertrauten Organisationen treiben dürfen. Dem Zentrum zu jüblende haben die christlichen Gewerkschaften sich auf die „politische Neutralität“ festgelegt, das heißt zur politischen Entschamkeit in allen Fragen, wo das Interesse der Arbeiter dem der kapitalistisch-agrarisch-jüblendischen Zentrumsstreife zuwiderläuft. Das ist der große Widerspruch, den die christlichen Gewerkschaften trotz aller Zentrums ihrer Führer nicht überwinden können und an dem sie auch zugrunde gehen müssen.

Aus Metallarbeiterhaushaltungen.

eb. Das Reichsamt für Statistik hat für das zweite Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt eine Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien veranlaßt; eine Aufgabe, deren Fertigstellung und Veröffentlichung gerade in dieser Periode der wirtschaftlichen und Finanzkrise, deren Folgen unmittelbar und schwer auf die Arbeiterchaft einwirken und einander gleichsam ablösen, ein außerordentlich lebendiges Interesse erwecken müssen. Gerade jetzt ist die Kenntnis der Lebensführung der Arbeiter von hoher Wichtigkeit zur Beurteilung nicht nur der Einwirkung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern vor allem der neuen Steuer- und Zollgesetze auf die Arbeiterbudgets.

Diese Statistik umfaßt 352 Haushaltungen. Darunter befinden sich 522 Arbeiter, 139 mittlere Beamte, 79 Lehrer, 67 Unterbeamte und 36 Privatangehörige. Den größten Teil der Wirtschaftsrechnungen (701) stellen die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern. Von der Metallindustrie haben sich — ohne Schiffsbauer — 92 Arbeiter beteiligt, und zwar 11 Formner, 6 Maschinenbauer und Monteur, 21 Schlosser, 21 sonstige gelernte Metallarbeiter, 11 gelernte Arbeiter der Maschinenbauindustrie, 12 Schmiede und 10 Klempner. Also wir haben es hier nur mit qualifizierten Arbeitern und dazu noch fast nur mit besserbezahlten zu tun — dieser letzte Umstand wird in dem Werke besonders betont.

Ueber die durchschnittlichen Einnahmen der einzelnen Berufsgruppen und über die Zusammenfassung des Einkommens mögen kurz folgende Zahlen informieren:

Durchschnittseinkommen in Reich

Table with multiple columns showing average income data for various professions and groups, including 'Formen', 'Maschinenbau', and 'Schmiede'.

Aus den absoluten Zahlen erhellt schon, daß auch aus der Metallindustrie gerade die besterhaltenen Qualitätsarbeiter zur Beteiligung an dieser Enquete gewonnen wurden.

In dem Gesamteinkommen der Familie spielt in allen Berufsgruppen der Arbeiterverdienst des Mannes die Hauptrolle; bei den Klempnern ist er mit 79,1 Prozent am stärksten beteiligt, während er bei den Formern (94,4 Prozent) den Anteil aller Berufs- und Industrieerträge überträgt.

Die Einnahmen der Ehefrau konnte keine der beteiligten Metallarbeiterfamilien entbehren. Ganz klar erkennt man die Notwendigkeit dieser Beiträge, wenn man beachtet, daß gerade da, wo das Arbeitseinkommen des Mannes unter 1600 M. sich bewegt, der Verdienst der Frau die höchsten Zahlen darstellt.

Der Beitrag der Kinder weist die höchsten Beträge wie Prozentfüße bei den Maschinenbauern und Monteuren auf. Er fällt ganz weg bei den gelerntem Arbeitern der Maschinenindustrie.

Die Einnahmen aus Untervermietung finden sich in höheren Beträgen bei den Maschinenbauern, bei den Formern hingegen fehlen sie ganz. Eine bedeutsame Zahlenreihe stellen die sonstigen baren Einnahmen dar.

Die Naturalerträge (aus Gärten, Kleinvieh etc.) fehlen entweder in Arbeiterhaushaltungen ganz oder sie erreichen nur einen Grab, der kaum besondere Beachtung verdient.

Die durchschnittliche Gesamtausgabe sämtlicher 852 Familien beträgt 2234,02 M. Hieran entfallen auf Nahrungs- und Genussmittel 1017,52 M., auf Kleidung, Wäsche, Reinigung 282,44 M., auf Wohnung und Haushalt 401,27 M., auf Heizung und Beleuchtung 90,83 M. und auf sonstige Ausgaben 441,96 M.

Die in Klammern gestellten Zahlen geben die Ausgaben der Familien mit Einkommen zwischen 5000 und 8000 M. an. Die Metallarbeiterfamilien verausgaben durchschnittlich für Nahrung 1004,16 M. (1780,43 M.), für Kleidung 210,20 M. (875,34 M.), für Wohnung 324,95 M. (871,94 M.), für Heizung und Beleuchtung 74,77 M. (179,01 M.), und für Sonstiges 314,26 M. (2161,71 M.).

auch da schon bei den größeren Haushaltungen eine dreifach höhere Ausgabe als bei den Metallarbeitern konstatieren.

Bei den Metallarbeiterfamilien ergibt sich eine Durchschnittsausgabe von 1944,24 M.; bei den 5 Familien mit über 5000 M. Einkommen eine solche von 5868,43 M. Stellt man nun die einzelnen Ausgaben — wobei wir die für Nahrungs- und Genussmittel spezifizieren — in absoluten und Prozentzahlen einander gegenüber, so zeigt sich das Bild wie in der zweiten Tabelle (Spalte 1 unten).

Es zeigt sich darin scharf ausgeprägt, daß mit steigender Wohlhabenheit der Anteil der Ernährungsausgaben an der Gesamtausgabe fällt. Dies hat Ernst Engel in den fünfziger Jahren zur Aufstellung des Gesetzes veranlaßt, daß je kleiner das Einkommen, desto größer der Anteil ist, den die Ausgaben für Nahrungsmittel von der Gesamtausgabe beanspruchen und daß das Maß der Ausgaben für Ernährungsbedürfnisse — unter gleichen Umständen — ein untrügliches Maß des materiellen Bestehens einer Bevölkerung ist; er hat auch eine die, dem Gesetz entsprechende Zahlenreihe formiert, die jedoch heute nicht mehr ganz maßgebend ist.

Was die Ausgabe für Fleisch anbelangt — wenn man einzelne Nahrungs- und Genussmittel herausgreifen will —, so bemerkt man eine Verdoppelung, bei einem Sinken des Anteils von 9,8 auf 6,2 Prozent. Das gleiche zeigen die Ausgaben für Fische.

Der Ausgabenbeitrag für Butter sieht man sich verbrettsachen; ihr Prozentanteil sinkt nur wenig.

Die Ausgabe für Kartoffeln verändert sich unerheblich; ihr Anteil sinkt aber von 1,8 auf 0,8 Prozent. Für Obst wird in den einkommensreicheren Familien etwa dreimal mehr verausgabt als in denen der Metallarbeiter.

Von besonderem Interesse ist, die Lage der schlechtbezahlten, unter 1200 M. Jahreseinkommen beziehenden Metallarbeiter kennen zu lernen. Für Fleisch können diese Familien nur 97,67 M. ausgeben, für Fische nur 5,38, für Butter nur den vierten und für Eier und Käse nur etwa den dritten Teil der bei den einkommensreicheren Familien verzeichneten Beträge, für Brot und Backwaren 107,26 M., für Zigaretten und Tabak 11,55 M., in Gastwirtschaften nur 22,24 M.; hingegen werden in der höchsten Stufe 143,87 M. und bei den qualifizierten Metallarbeitern 61,88 M. dafür auszugeben.

Der große Unterschied in der Verteilung der Ausgaben für Nahrungsmittel in kleinen Haushaltungen und des Nahrungsmittelverbrauchs in besserer Wirtschaft brennt grell in die Augen. Das erstere entsehtliche Verschlethen nach der Lebenshaltung der Arbeiter und namentlich der schlecht entlohnten und Kinderreichen.

Woher man angesichts dieser Verhältnisse nach dem Mut gewinnt, von „benedictener Lebenshaltung der Arbeiter“ zu sprechen, und über das wachstümlich freudlose Dasein der breiten, ständig mit Hunger und Unterernährung ringenden, und gering entlohnten Bevölkerungsschichten das Unglück der letzten Finanzreform hereinbrechen zu lassen, fragt man sich vergeblich.

Die Streikversicherung der Unternehmer.

Die arbeitsstatistische Abteilung des Reichsamtes für Statistik veröffentlicht im Heft 10 des Reichs-Arbeitsblattes eine Darstellung der Streikversicherung der Arbeitgeberverbände, deren wichtigste Einzelheiten für jeden Gewerkschaftler von Interesse sind.

Es sind in der Hauptsache zwei Zentralen, die die Träger der Streikversicherung sind, nämlich die „Gesellschaft des Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen“ und der „Schutzverband gegen Streikschäden (Gruppe der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände)“ und beide haben ihren Sitz in Berlin. Ueber die grundlegenden Unterschiede der beiden Zentralen wird folgendes festgestellt: Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat zum Träger der Streikversicherung nicht die Arbeitgeberverbände selbst, sondern selbständige Entschädigungsgesellschaften auszuweisen, die wieder bei der Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen rüberführt sind. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände verfolgt dagegen den Grundgedanken, daß die Arbeitgeberverbände selbst die Träger der Streikversicherung sein sollen. Der Arbeitgeberverband als solcher gewährt Entschädigungen für Streikverluste an seine Mitglieder. Nur für die Rückversicherung ist eine besondere Organisation, der Schutzverband gegen Streikschäden, geschaffen worden, der eine Gruppe der Hauptstelle darstellt. Wie es aber zahlreiche Arbeitgeberverbände außerhalb der beiden Zentralen gibt, so gibt es auch Streikentwässerung sowohl durch besondere Gesellschaften wie auch durch die Arbeitgeberverbände selbst außerhalb der Zentralorganisationen, so daß auch hier das Bild ein sehr mannigfaltiges ist.

Von einer Streikversicherung im eigentlichen Sinne des Wortes ist dabei überall nicht die Rede, da nirgends ein Rechtsanspruch auf die Entschädigung gewährt wird, welche Paris sich bedt mit denjenigen im gewerkschaftlichen Unternehmensewesen, der die Unternehmerorganisationen einladend gefolgt sind, und zwar aus dem gleichen Grunde, der hier maßgebend hierfür war und der in der Vereinbarung der Unterstellung und Kontrolle unter das staatliche Versicherungswesen besteht. Immerhin läßt das Reichs-Arbeitsblatt das Wort Streikversicherung gelten für alle Fälle, in denen die Unternehmungen durch die Statuten fest geregelt sind, während es nur von Streikentwässerung spricht, wenn sie bloß von Fall zu Fall gewährt wird.

Dem statistischen Mut sind 48 Streikversicherungsgesellschaften bekanntgeworden. Davon befinden sich 3 Rückversicherungsgesellschaften. Die Mitglieder, die den beiden Rückversicherungsgesellschaften angehören, belaufen sich auf 775 826 Arbeiter. Von den 13 Gesellschaften erstrecken sich 6 über das ganze Reich, 6 sind Bezirksverbände, 1 ein Ortsverband. Außer diesen Gesellschaften konnten noch 26 Arbeitgeberverbände mit Streikversicherung und 9, die eine Entschädigung nur von Fall zu Fall gewähren, ermittelt werden. Von den 26 erfaßten sind 8 Reichs-, 1 Landes- und Bezirks- und 7 Ortsverbände; von 22 Verbänden liegen Angaben über die Zahl der Mitglieder und über die Zahl der von diesen beschäftigten Arbeiter vor. Keine Angaben konnten erlangt werden von 3 Reichs-, 1 Landes- und 1 Bezirksverband. Die verbleibenden 22 Verbände zählten 11 169 Mitglieder, die 629 509 Arbeiter beschäftigten.

Von den 9 Verbänden, die von Fall zu Fall Entschädigung gewähren, sind 4 Reichs-, 1 Landes- und 4 Ortsverbände. Diese 9 Verbände zählten 963 Mitglieder mit 97 509 Arbeitern.

Den Gedanken der Streikversicherung haben die Verbände fast aller Gewerke in ihr Programm aufgenommen und auch im Bauwesen, in dem die Unternehmer meistens eine abnehmende Stellung einnehmen, sind doch Kräfte hierfür vorhanden.

Ueber die inneren Organisationsverhältnisse der Streikversicherungsgesellschaften erfährt man folgendes: Der Beitritt zu den von den Arbeitgeberverbänden unabhängigen Gesellschaften ist für die Mitglieder der ersten facultativ (freiwillig), nur die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Metallischer Zigarrenfabrikanten zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen mit dem Sitz in Minden kennt den Beitrittszwang. Einzelne Gesellschaften machen die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einem Arbeitgeberverband abhängig, andere verlangen, daß der Antragsteller einer bestimmten Gewerbegruppe angehört. Daneben bestehen auch Gesellschaften, die ganz allgemein fordern, daß das Unternehmen des Aufnahmewahrenden in dem Geschäftsbereich der Versicherungsgesellschaft liegt. Einzelne Gesellschaften nehmen nur Verbände als korporative Mitglieder auf, andere nur einzelne Firmen und wieder andere sowohl Verbände als Einzelfirmen.

Streikunterstützung wird nur auf ausdrückliches Verlangen gewährt, ebenso natürlich auch Ausperrungsunterstützungen und notwendige Voraussetzungen dabei ist, daß der Unternehmer die Arbeitsentstellung nicht durch eigenes Verschulden verursacht hat. Die Untersuchung darüber nehmen die Organe der Gesellschaften (Vorstand, Ausschuss etc.) vor und einzelne von ihnen haben auch Berufungsinstanzen, vor die unbefriedigende Beschlüsse der erstinstanzlichen Organe gezogen werden können. Dem Entscheid der letzten Instanz hat sich jedes Mitglied zu fügen.

Natürlich haben die Streikversicherungsgesellschaften für die Gewährung von Unterstüßungen auch Karenzzeiten aufgestellt, die 3 bis 12 Monate betragen. Ungleich ist auch der Beginn der Unterstützung. Einzelne Versicherungsgesellschaften zahlen sie schon vom ersten Tage nach Ausbruch des Streiks, andere vom 4., 7. oder 14. Tage an. Was die Dauer der Unterstützung betrifft, so zählt eine solche die Gesellschaft Deutsche Metallindustrie mit dem Sitz in Leipzig für höchstens 100 Tage, der Reichsverband für die rheinische Seidenindustrie für 3 Monate. Einzelne Verbände lehnen die Unterstützung bei Generalausständen ab. Es gibt noch andere Bedingungen, von denen die Unterstützung abhängig gemacht wird. So gewährt eine solche der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe erst dann, wenn 1/3 oder mehr der beschäftigten Arbeiter streiken. Auch dann wird keine Unterstützung gewährt, wenn ein Mitglied sich Resignation gegen die Angelegenheit zuschulden kommen läßt. Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie stellt weitere Zahlungen ein, wenn 2/3 der vor Ausbruch des Streiks beschäftigten Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen haben. Der Verein der Buchbindereibesitzer von Rheinland-Westfalen mit dem Sitz in Dortmund nimmt den Streik als beendet an, wenn 2/3 der vor dem Streik beschäftigten Arbeiter zurückgekehrt sind.

Die Entschädigungssummen werden meistens erst nach Schluß des Kalenderjahres gezahlt, doch gewähren einzelne Gesellschaften Vorstüsse in begrenzter Höhe. So hat die Entschädigungsgesellschaft Bayerischer Arbeitgeber in München folgende Bestimmung: Auf die bewilligten Entschädigungen werden während der Dauer der Streiktätigkeit wöchentlich Vorstüsse ausbezahlt, deren Gesamtbetrag jedoch 1/100 der Gesamtsumme der laufenden Jahresbeiträge täglich nicht überschreiten darf. Schließlich sei noch auf die mehrfach wiederkehrende Bestimmung hingewiesen, daß bei Streiks die ausfallenden Arbeitstage entlassener Arbeiter als Streiktage gerechnet werden.

Nun die Pflichten der Mitglieder. Das Eintrittsgeld ist in der überwiegenden Zahl der Fälle in Prozenten der Jahreslohnsumme der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter festgesetzt. Die Streikentwässerungskasse des Schneiderverbandes verlangt abweichend davon 20 M. für jeden Arbeiter, 10 M. für jede Arbeiterin. Der Bruchteil, der von der Lohnsumme erhoben wird, schwankt zwischen 1/10 und 1 pro Tausend. Die Entschädigungsgesellschaft Bayerischer Arbeitgeber verlangt 1/2 pro Tausend der bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Jahreslohnsumme, begrenzt aber die Summe nach unten und oben, indem sie mindestens 10 und höchstens 1000 M. Eintrittsgeld verlangt. Der Verein der Riemendreherbesitzer von Harren, Oberfeld und Umgebung verlangt einen einmaligen Beitrag von 12 M. pro Tisch, der Verein der Seidenbandfabrikanten in Elberfeld 1 M. pro Stuhl. Wehnlich wie die Eintrittsgelder werden auch die Beiträge berechnet, die 1/2 bis 3 pro Tausend der Jahreslohnsumme ausmachen. Einzelne Gesellschaften haben noch eine Nachschußpflicht ihrer Mitglieder festgesetzt, die teils in Sägen der Jahreslohnsumme erhoben wird, teils in einer Erhöhung des Jahresbeitrages besteht.

Die Verwertung der Gelder ist bei allen Gesellschaften nach denselben Grundregeln geregelt. Das Eintrittsgeld fließt in den Reservefonds und von den Beiträgen werden zunächst die Verwaltungslosten bestritten, der Rest für Entschädigungen verwendet.

Die Entschädigung wird meistens bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes gewährt bei Streiks, für die Ausperrungen ist je nach der Zahl der Ausgesperrten eine Staffelmehrung vorgesehen.

Zum Schluß mögen noch einige Mitteilungen über die Tätigkeit der Versicherungsgesellschaften Platz finden. Die Zahl der Mitgliedschaften der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen ist im Jahre 1908 um 7, von 13 auf 20, gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug für das Jahr 1908: 411 028 und die verhöferte Jahressumme 466 765 995 M. Es sind im Berichtsjahr von 8 Gesellschaften Entschädigungsanträge in Höhe von 525 318 Marktagen gestellt worden, deren Hauptanteil auf die Metallindustrie entfällt. Die Höhe der Entschädigungssumme für 1908 stellt sich auf 153 457 M.; der Entschädigungsfonds beläuft sich auf 238 579 M., so daß die Gesellschaft für 1908 mit einem Ueberschuß von 80 122 M. abschließt.

Die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrie zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen weist im Jahre 1908: 164.863 Arbeiter gegen 165.631 im Vorjahr auf. Die verhöferte Lohnsumme hat gegen 1907 um 8.403.108 M. zugenommen, sie betrug für 1908: 205.482.645 M. (1907: 197.079.537 M.). Die Zahl der durch Streiks und Ausperrungen ausgefallenen Arbeitstage belief sich auf zusammen 321.754, von denen 52.362 auf Streiks und 269.392 auf Ausperrungen entfielen. Die Gesamtentwässerung erreichte 1908 die Höhe von 282.031 M. Es erhielten:

Table titled 'Durchschnittsausgaben' showing average expenses for various categories like food, clothing, housing, and leisure, with columns for total, percentage, and specific amounts.

Table showing the number of companies and workers covered by different types of insurance, categorized by the number of workers (up to 1000, 1000-5000, etc.).

Die Gesellschaft schließt mit einem Ueberschub von 221 514 Mk. ab. —

Es erheben sich in die Kriegsveteranen der Unternehmern, deren Zweck die Niederhaltung und Bekämpfung der Arbeiter und ihrer Bestrebungen ist. Die Herren lassen sich's große Opfer lassen, Opfer, mit denen in diesen Fällen die Arbeiterforderungen bewilligt und der offene Kampf vermieden werden könnte. Das ist aber nur eine Illusion. Die rechte Macht ist unsere Organisation, die allein dem organisierten Unternehmertum Schach zu spielen vermag.

Die Hirsch-Dunderschen und der Hanfabund.

Im Lager der Hirsch-Dunderschen Strategen ist es in letzter Zeit recht still gewesen; auch der Generalissimus und Taktikmeister hält sich ziemlich im Dunkeln. Die letzten Reichstagswahlen vom Jahre 1907 sollten ja, wie auch der große Taktiker mit vollen Händen hinausgeschmeißert, der Anfang vom Ende der sozialdemokratischen Massenbewegung sein; die Hirschführer berauschten sich an der Hoffnung auf die „große liberale Partei“, die dann auch das Hüftstück der Hirsch-Dunderschen mächtig „würzen“ sollte. Bis es soweit war, mußte ja allerdings noch fleißig die „einzig wirklich neutrale“ Hirschenherrlichkeit betont werden.

Die Entwicklung der Dinge hat ja nun die Triumphtoren, die schon 1907 wenig Anklang zum Freubengehul hatten, bis enttäuscht, mächtig schreiet die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vorwärts und vor allem ist es der „Liberalismus“, der kräftig in die Spanne gehauen wird. Daran sind nun die Hirsch-Dunderschen Strategen arg verwundet, es paßt so wenig in ihr Konzept, und mit allerhand zweifelhaften Trostgründen geht man über die fatalen Tatsachen hinweg; da aber Hoffnung nicht zusehen werden läßt, wird nach dem Rezept dieser Tröstgründe der „in den Gewerkschaften wurzelnde Gedanke“ um so fleißiger, je mehr die Hirschenorganisationen selbst zusammenschrumpfen. Wir sind sicher, daß, wenn der einst die „einzig Neutrale“ selig im Herrn entschlafen, sie dies als ihren höchsten Sieg mit in die Ewigkeit nehmen werden. „Und beschließt er im Grabe den müden Lauf: Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!“

Vor einiger Zeit schien es, als ob der taktische Beherrscher der Gewerkschaften eine neue Schwertung vornehmen wolle. In einigen Blättern war in dunkler Weise von Bestrebungen zu lesen, die Hirsch-Dunderschen in den Rahmen der Teilnehmer an demnächstigen dritten deutschen „nationalen“ (antijohannidemokratischen) „Arbeiter“-kongress einzuschließen. Der Regulator wollte über solche Versuche nichts wissen, wie weit diese Sache gediehen ist, wird sich ja im nächsten Jahre zeigen. —

Da kam der Hanfabund. Eine gute Probe auf ihre Theorie von der „großen liberalen Partei“ als Rückenbedeckung der Hirsch-Dunderschen Arbeiterorganisationen konnten deren Führer nun beim Hanfabund machen, dieser sich ja ausdrücklich gegen die Konfessionsrichtenden „liberalen“ Gründung. Allerdings zeigte sich bald, daß der Hanfabund ein doppeltes Gesicht bekam, und daß den „liberalen“ Großunternehmern, die ja die Geldgeber sind und im Hanfabund auch gleich die Führung übernommen haben, nicht das jundstrophende, sondern das arbeiterfeindliche Gesicht gefällt. Gegen die Sozialpolitik lautete die Devise der Großindustriellen im Hanfabund, und im Programm des letzteren ist ja die sozialpolitische Bremse trotz einiger Verlautbarungen deutlich genug zu erkennen.

Aber auch wenn der Hanfabund sich vorwiegend gegen die parasitäre Herrschaft der Liebesgabenheischenden Konfessionsrichtenden gerichtet hätte, wäre das noch kein Grund für die Arbeiter gewesen, sich für die liberale Gründung umsehen ins Feuer zu werfen, all-diezeit bei den „liberalen“ sowohl als bei den Konfessionsrichtenden die Arbeiterklasse als Objekt der Anbetrachtung in Frage kommt. Es ist nur der Anteil an der Brandstiftung der schaffenden Arbeit, was Jünger und liberale Kapitalisten etwas entzweit. Wänden die Konfessionsrichtenden dem „liberalen Bürgerium“ noch etwas mehr Raum an der Anbetrachtungstruppe gewährt, so läßt der Sens die Grete und „alles war wieder gut“.

Da aber die Jünger gutwillig keinen Fußbreit an Boden aufgeben und die Liberalen bis jetzt weder Kraft noch entschlossene Willen zeigen, den Konfessionsrichtenden etwas abzutrotzen, so helfen sich die industriellen Schatzkammer damit, die schaffende Arbeit noch mehr von dem Gehalt der Kulturgüter abzupressen und damit den Anteil des Kapitals an der Arbeiterklasse zu erhöhen. Deshalb wurde auch der Hanfabund vom Großkapital gezwungen, sich auf des ouslöse, bestimmte „Lempo“ in der Sozialpolitik festzusetzen.

Sind die Dinge derart gelagert, dann ist die Stellungnahme der Arbeiter zum Hanfabund gewiß so klar wie möglich. So sollte man meinen, jedoch sind die Hirsch-Dunderschen Führer wieder einmal nicht dieser Ansicht. Sie, die schon lange herumsitzen und eine „Partei“ suchen, der sie die Hirsche „anzuschließen“ können, machen gar bezweifelnde Sprünge, um in Genuß — oder auch nur in Ungenuß! — im Hanfabund Unterschlupf zu finden. Nur aller Würde hemmender, die Geben dann nachher, daß sie häufige Substanz bekommen haben und teilen ihre Unwissenheit auch noch gar aller Welt mit. Es ist auch wirklich nichts so dummes, das es nicht von den Hirsch-Dunderschen Streifenmenschen angepaßt würde. Da nämlich der Regulator um schon eine Anzahl seiner spießig-verbreiteten Redaktionsheranten, weil der Hanfabund politisch und wirklich nicht nur keine „neutrale“ Hirsch-Dunderschen, sondern überhaupt keine Arbeiter in seinen Reihen haben will. Selbst wenn der Hanfabund auch Arbeiter annehme, können diese ja selbstverständlich nur den Namen des „Bürgeriums“, das heißt des ausbeutenden Kapitalismus, gepaßt, was auch der Regulator kapieren könnte. Aber mit der Sozialpolitikfrage gibt sich der Hanfabund gar nicht ab. Daran ist der Regulator wie der der Kopf geblieben. Eine häufige Phrase ist nunmehr: „Sowas ist es immer die böse Sozialdemokratie, die nach dem Sargen der Arbeiterpartei, mit Einschluß der Hirsch-Dunderschen, die Arbeiter vom Bürgerium losreißt“, und man hält es sogar der Hanfabund gar nicht einmal für nötig, sich hinsichtlich des die Sozialdemokratie auszulassen, sondern erklärt in menschenwürdiger Deutlichkeit dem seinen Mitgliedschaften aus, daß die Arbeiter in den Hanfabund gar nicht aufgenommen werden könnten.

Schon in seiner Nr. 26 vom 3. September berichtete der Regulator von einer unglücklichen Begebenheit. In einer Stadt im Westen Deutschlands fand eine Versammlung statt zur Gründung einer Ortsgruppe des Hanfabund. In dieser Versammlung wurde die Frage gestellt, ob auch „national gewonnene“ Arbeiter als Mitglieder aufgenommen werden und ob diese den Handlungsschritten und technischen Angelegenheiten an Rechten gleichstehen. Nach dem Regulator erklärte der Vorsitzende, von der Aufnahme von Arbeitern in den Hanfabund sei ihm nichts bekannt. Jedenfalls verstanderte ich selbst der Vorsitzende darüber, daß es in letzter Zeit noch solche kühnen Arbeiter gibt, die ihre Interessenvertretung nicht in der Sozialdemokratie, der Partei der Arbeiter, suchen, sondern in einer Klassenvertretung des kapitalistischen Bürgeriums. Aus der Versammlung wurde dem Vorsitzenden zugestimmt, daß sich in einer Stadt in Preußen 72 Arbeiter einer Fabrik zur Aufnahme in den Hanfabund gewendet hätten. In solcher Schwärze fand der Vor-

sitzende der Gründungsversammlung den Ausweg, eine Kartege beim Hauptvorstand des Hanfabundes in Aussicht zu stellen. Daß hier dann auch die Antwort vom Hauptvorstand ein, wonach „berühmte die Aufnahme von Mitgliedern aus dem Kreise der Angehörigen auf diejenigen beschränkt werden soll, die die Eigenschaft von Handlungsschritten besitzen oder Beilebensbeamt im Sinne des § 136 der Gewerbeordnung sind“.

Ob dieser Antwort ist der Regulator völlig doll. Bemerkt hat er: „Von Arbeitern steht kein Wort in dieser Antwort des Hauptvorstandes, die Arbeiter sind demnach mit Bedacht ausgeschlossen.“ Das ist allerdings wahr. Das „liberale Bürgerium“ wirft sogar die „braven“ „nationalen“ Hirsch-Dunderschen Arbeiter mit Wang heraus. Wir bösen Hubsen lachen sogar noch über den Gerinfall solcher Hirscheinschlupf. Was haben ehrliche Arbeiter im Hanfabund zu suchen? Ein Parteiblatt, das diese Hirsche glosierte, schrieb zum Schluß:

„Nachdem der Fragesteller der Hanfabundversammlung also hinausgeworfen worden war, nimmt er all seine fleischliche Courage zusammen, holt wie Galass mit der Klinge aus und schreibt an seine „wertvollen Kollegen“, es sei jetzt „Wichtig eines jeden Arbeiters, dem Hanfabund fernzubleiben! Nachdem sie hinausgeworfen worden sind, besinnen sich die Helden auf ihre „Pflicht“ und solche Gesellen wollen Arbeiterinteressen vertreten! Heilige Einsicht!“

In der Nr. 17 muß der Regulator mit diesem Schmerz dieselben Erfahrungen feststellen, daß nämlich die Arbeiter „beim Parlament des erwerbstätigen Bürgeriums“, beim Hanfabund, „nichts verloren“ haben. Und elegisch seufzt das Hirschenblatt:

„Und das, trotzdem die deutschen Gewerkschaften seit vierzig Jahren, unter unerhörten Anfeindungen durch die sozialdemokratische Arbeiterklasse, unentwegt den Grundsatz vertreten, gemeinsam mit dem „erwerbstätigen Bürgerium“ die gemeinsame Sache des deutschen Volkes fördern zu wollen.“

Ja, ja, Unbarm ist der Welt Lohn und die Dummheit kommt allemal auf den Rücken zu liegen.

Am Schluß seines Artikels in Nr. 17 meint der Regulator: „Die Mitglieder der liberalen Parteien, wohl aller Richtungen, sind zahlreich im Hanfabund vertreten, und einstimmig, also auch unter Zustimmung liberaler Vertreter, sind die „Mitglieder“ des Hanfabundes gutgeheißen worden und damit der Ausschluß aller Arbeiter, an diesem großen Kampfe mitzuwirken.“

Das wird die Hirschenhelden nicht abhalten, bei aller nächster Gelegenheit die Arbeiter wieder zur Stärkung der verschiedenen „liberalen Parteien“ aufzurufen. Sie selbst eingestehen, daß sie auf dem Holzwege sind, wenn sie vom „Bürgerium“ Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten, das wollen die Arbeiter ja nicht, so wird zu der schiefen Bahn weitergeschoben bis zum völligen Zusammenbruch der Hirschenherrlichkeit.

Blöße Narren und Schurken fasseln ja von Abschmückung der Klassenangelegenheiten. In seiner Jugend Maienblüte gab das Bürgerium den Arbeitern den Rat, sich als die „geborenen Ehrenbürger“ des Nationalvereins zu betrachten. In unserer Zeit glaubt man derlei Wäghen entbehren zu können, fast und brutal hält es jurid zu den Arbeitern: Wir brauchen euch nicht, wir wollen euch nicht. Das ist der Fortschritt in fast einem halben Jahrhundert!

Für die Arbeiterklasse kommt natürlich keine andere Interessenvertretung in Betracht als die Sozialdemokratie in ihren drei großen Ausprägungen: der Partei, der Gewerkschaft und der Genossenschaft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 5. Dezember der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Dezember 1909 fällig ist.

Die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer machen wir darauf aufmerksam, daß von der Generalkommission

Flugblätter zur Agitation unter den Arbeiterinnen an alle Gewerkschaftskartelle geschickt worden sind und von diesen in beliebiger Anzahl bezogen werden können. Die Flugblätter sind in der Weise abgefaßt, daß sie zugleich als Einladungszettel benutzt werden können.

Wir ersuchen die Verwaltungen, von den Flugblättern tunlichst Gebrauch zu machen. Orte ohne Kartelle wenden sich beifüg Erlaubung der Flugblätter an die Generalkommission, per Adresse: Kömlein Gertraud Hanna, Berlin S.O. 16, Engelauer 15.

Bei der Aufstellung der Arbeitslosenstatistik ist zu beachten, daß der letzte Stichtag im vierten Quartal vom Kaiserlich Statistischen Amt verlegt worden ist. Als Stichtag sollte der 31. Dezember gelten. Mit Rücksicht auf das Weihnachtsfest und darauf, daß bis zum Schluß des Vierteljahres noch fünf Arbeitstage vorhanden sind, ist bestimmt worden, daß als Stichtag nicht der 25. Dezember, sondern der 1. Januar 1910 gelten soll.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Bezirksleitung im 3. Bezirk:
Der Former Julius Schindler, geb. am 1. Dezember 1884 zu Mittel-Redden, Buch-Nr. 82176, wegen Unterschlagung und Betrug.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen:
Der Schneider Fritz Geißler, geb. am 21. Juni 1887 zu Angsburg, Lit. A. Buch-Nr. 191836, wegen Demagogie.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover:
Der Sponzier Karl Meyer, geb. am 21. Februar 1866 zu Hannover, Lit. A. Buch-Nr. 92213;
Der Sponzier Ehr. Raffenstried, geb. am 2. November 1864 zu Hannover, Lit. A. Buch-Nr. 89847;
Der Sponzier Heur. Wagner, geb. am 12. Juli 1858 zu Hannover, Buch-Nr. 88380;
Der Sponzier Jul. Heine, geb. am 5. März 1876 zu Hannover, Lit. A. Buch-Nr. 89713;
Der Sponzier Frz. Wilh. Gramlich, geb. am 16. Dechr. 1876 zu Hannover, Lit. A. Buch-Nr. 89697;
Der Sponzier Karl Gauer, geb. am 4. Oktober 1874 zu Hannover, Lit. A. Buch-Nr. 89652;
Der Metallarbeiter Herrm. Wehnermaier, geb. am 15. Juli 1874 zu Gumbach, Buch-Nr. 347573;
Der Former Konr. Jäger, geb. am 26. März 1864 zu Hildingen, Buch-Nr. 89526;
Der Sponzier Karl Bergmann, geb. am 7. August 1871 zu Hannover, Buch-Nr. 883314, sämtliche wegen Nichterhaltung eines Versammlungsbeschlusses.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Magdeburg:
Der Klempner und Installateur Werner Reinsdorf, geb. am 18. September 1884 zu Werben a. E.

Speziell gerügt wird:
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Gießen:
Der Schlosser Mich. Ralchow, geb. am 20. Juni 1872 zu Ralchow, Lit. A. Buch-Nr. 84889, wegen unzulässigen Verhaltens.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Gesern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen:
Der Metallarbeiter Joh. Broblamski, geb. am 26. Juli 1870 zu Offen, Lit. A. Buch-Nr. 84984, wegen unzulässigen Verhaltens.
Der Schlosser Rud. Wippler, geb. am 7. Oktober 1881 zu Turn b. Teplig, Lit. A. Buch-Nr. 487866, wegen Fälschung.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lippstadt:
Der Schmied Ernst Scheib, geb. am 2. September 1883 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. 895891, wegen unzulässigen Verhaltens.

Gestohlen:
Lit. A. Buch-Nr. 88988, lautend auf Bäckermacher Amadeus Plovon, geb. 29. Januar 1880 in Rößlach (Sachsen).
Lit. A. Buch-Nr. 807584, lautend auf Dreher Hans Wisk, geb. am 27. Juli 1880 zu München (München).
Buch-Nr. 228978, lautend auf Klempner Anselm Blascat, geb. am 27. April 1887 zu Schroda (Rattowig).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Dreher nach Markranstädt (Automobilfabrik G. Ruppe) D.; von Feilenbauern und Schleifern nach Werbau i. Sa. (Firma Fröhlich) D.; von Formern, Effengießerarbeitern und Kernmachern nach Cannstatt (Ja. Hmann & Stodter) D.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmünd (Nix & Schweizer) M.; nach Hamm (Westf. Ferd. und Josenfabrik, G. W. Wilm) D.; nach Hattingen (Eisengießerei und Stahlgießerei Henrichshütte) D.; nach Kammstatt (siehe G.; nach Krefeld (Ja. Schroers, Maschinenf.) R.; nach München-Glabach (Frensen & Vogel) E.; nach Neubrandenburg (Eisenwerk) D.; nach Pafewall (Firma Behrend) D.; nach Remscheid (Eisenhütte) D.; nach Uerlingen (Ja. Wersch, Eisengießerei und Maschinenfabrik) M.; von Goldschlägern nach Dresden D.; nach Schwabach D.; von Mechanikern nach Halle a. S. (G. Krebs, Schreibmach.-Bau) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bonn (Bonner Maschinenfabrik vormals Mönkemöller & Co.) R.; nach Crailsheim (Schloßfabrik) M.; nach Gmünd (Schwab.) D.; nach Höttingen (Gebr. Rühlstrat, elektr. Fabrik) M.; nach Hagen i. Westf. (Firma Buschhaus & Plate und Lang & Co.) D.; nach Königsberg i. Pr. (Union, Gießerei, Maschinenfabrik, Kessel- u. Lokomotivbau) M.; nach Liegnitz (Ja. Subich) M.; nach Pätzsch-Fau i. Schles. (Feuerwehrgerätefabrik Gebr. Kießlich) St.; nach Salzwedel (Ja. E. L. Kleinloff, landwirtschaftliche Maschinenfabrik) M.; nach Sindelfingen (Firma Vierlam, Bohrmaschinenfabrik) St.; nach Würzburg (Allgemeine Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Wurzbach) D.; von Metallbrüchern nach Sundern, Kreis Arnberg (Ja. H. Brumberg) R.;

von Schlossern und Installateuren nach Münster i. Est. (Firma Steinbrenners Neffen und J. Jöhner) D.; von Zinngebern nach Würzburg (Firma Ruder).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streit in Aussicht; u. Lohn- oder Tarifbewegung; u. Ausprägung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; M.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein. Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Former.

Genf. Am 14. Juni dieses Jahres sind die Gießer bei Piccard, Pictet & Co. in den Streit getreten. Im Verlauf des Streits sind auch die anderen Gießereien einbezogen worden, weil den Arbeitern der oben zugemutet wurde, Streikarbeit zu machen. Anfangs Oktober ist der Streit bedingungslos ausgehoben worden, da die Gießereien in Genf von anderswo, namentlich aus Frankreich, genügend Guß geliefert erhielten. Bevor die Arbeit aufgenommen wurde, fanden Verhandlungen mit den Gießerbestreibern wegen Einstellung der Arbeiter statt. Dabei wurde den Arbeitern in Aussicht gestellt, daß sie nach und nach mit dem Einlaufen der Aufträge, mit Ausnahme von 2, alle wieder beschäftigt würden. Dem Verlangen, die Sperre sofort aufzuheben, wurde nicht entsprochen, sondern dieselbe weitergeführt für solange, bis alle, die am Streit beteiligt waren, wieder beschäftigt seien. Bis jetzt ist immer noch eine Anzahl nicht eingestellt worden, obwohl nun Arbeit genügend vorhanden ist. Durch den Vorstand des Maschinenindustriellen-Verbandes ist der Schweizerische Metallarbeiter-Verband aufgefordert worden, die Sperre aufzuheben, andernfalls die Gießereien in Genf gezwungen wären, wieder zu schließen und sämtliche Arbeiter auszusparen. Diesen Verlangen konnte nicht entsprochen werden, da sich die Gießereibestreiber weigern, die nach dem Streik her beschäftigungslosen Arbeiter einzustellen. Es wird nun versucht, in deutschen Zeitungen Gießer für Genf anzuwerben. Um sie vor Enttarnung und Schaden zu bewahren und um den Gießern in Genf die Situation nicht zu erschweren, werden daher die Gießer hator gewarnt, in Genf Arbeit zu nehmen. Die Sperre für Genf besteht nach wie vor.

Zangerhütte. Folgender Erlaß wurde für die Arbeiter des Gütenwerks den Lohnlöhnen beigelegt. „Gesammelte Erfahrungen auf verschiedenen größeren Eisengießereien haben ergeben, daß in der Formerei hier die Tagesleistung des einzelnen erheblich hinter der anderer Werke zurückbleibt. Die Ursache dafür ist im allgemeinen nicht im mangelnden Fleiße zu suchen, sondern in der durch die Former selbstständig vorgenommenen Verkürzung der Arbeitszeit, indem mit der Form- und Stichtätigkeit nachmittags zu zeitig aufgehört und die weitere Zeit mit Vorbereitungen für den nächsten Tag und mit Plakaufräumen u. s. w. gerabegte

...gerade wird. Dadurch gehen dem Arbeiter selbst täglich bis 1 1/2 Stunden seiner wertvollen Arbeitskraft verloren, denn bis 1 1/2 Stunden werden mit diesen Überleistungen und in Rücksicht darauf, daß er 10.000 verdient, gewährt und auf den Wochenlohn einbezogen, um abgehängt zu sein. Dieser Zustand ist unannehmbar. Die Arbeiter fordern die Überleistung auf, die eigene Leistungsfähigkeit auf höchste anzuspinnen und auszunutzen. Dazu gehört es in erster Linie, die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen aufs höchste zu steigern, um eine hohe Tagesproduktion zu erzielen, welche die Tageskosten wiederum auf das niedrigste Maß herabmindert. Dieses Ziel wird aber durch die jegliche geringe Tagesleistung von höchstens 8 bis 9 Stunden geradezu untergraben und somit das Werk gegenüber den leistungsfähigen Gütern mit der Konkurrenz unfähig gemacht, wodurch in schlechten Zeiten eine volle Beschäftigung kaum mehr gewährleistet werden kann. — Wir erhoffen jetzt für die nächsten Jahre eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes und eine reichlichere Beschäftigung an auskömmlicher Lohnarbeit. Wir bemerken dazu ausdrücklich, daß wir, solange uns die Konkurrenzverhältnisse nicht zwingen, Lohnherabsetzungen nicht beabsichtigen und nicht machen werden. (Wende Gütle D. W.) Wir legen es unseren Arbeitern dringend ans Herz, diese besseren Zeiten durch größere Arbeitsleistung zu nutzen. Wir hoffen, daß wir für unsere dringende Mahnung volles Verständnis bei unseren Arbeitern finden und die Notwendigkeit der Ausnutzung der ganzen Leistungsfähigkeit jedes einzelnen erkannt wird. Umstände, die den einzelnen in der Ausnutzung seiner vollen Leistungsfähigkeit zu Erschwerung hindern, sollte man zur Kenntnis bringen. Diejenigen Formen, welche wegen Fehlens von Werkzeugen oder aus anderen sachhaltigen Gründen behindert sind, an demselben Tage weiterzuarbeiten, können sofort nach Hause gehen (Langerhütte G. W. D. W.), diejenigen aber, die ein Arbeitshindernis nicht nachweisen können, sollen die Zeit bis 6 Uhr ausnutzen. Langerhütte, den 1. 10. 1909. Franz Wagenführer. — Zu den ersten Sätzen ist zu bemerken, daß sie vielleicht stimmen mögen. Die Ursache liegt aber nicht in einer angeblichen Verkürzung der Arbeitszeit, sondern in der Entlohnung und Behandlung der Arbeiter, Unterdrückung jeder freien Bewegung, Verbot des geschäftlich gewöhnlichen Koalitionsrechts u. s. w. Auf diese Weise hat man einen Stamm leistungsfähiger Arbeiter, sondern willenslose Werkzeuge herangebildet, bei denen naturgemäß auch die Leistung hinfällt. Auch die große Armut, hervorgerufen durch den „auskömmlichen“ Lohn, sowie die Wohlstandsbedingungen „steigern“ die Leistungsfähigkeit ins Unermessliche. Auch von Widerprüchen ist dieses Schriftstück nicht frei, denn wenn gesagt wird, die Ursache ist nicht im mangelnden Fleiß zu suchen, und dann hinterher: „10 bis 15 Prozent Verdienst gehen dem Arbeiter durch Ergrößen, Rauchen, zünftliches Nuscheln und Mühsamkeit verlustig“, so ist dies unserer Meinung nach ein bißchen „faul“. Ferner ist von Konkurrenzverhältnissen und Überproduktion die Rede. Auch hier möchten wir dem Herrn Wagenführer ans Herz legen, darüber nachzudenken, daß gerade das Hüttenwerk zu Langerhütte auf Grund der geschichtlichen Verhältnisse für Verhinderung der Konkurrenz und Überproduktion sorgt. Dies geschieht hauptsächlich dadurch, daß man die durch Arbeitsüberlegung in anderen Orten „notwendig gewordenen“ Arbeiter, ohne mit den „eigenen“ Arbeitern in Konflikt zu geraten, fertigstellen kann. Ob das vielleicht mit der Wiederbelebung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang gemeint ist, wissen wir nicht. Es ist geradezu als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft zu betrachten, wenn erst von einer Überproduktion die Rede ist und dann in fettgedruckten Lettern die Behauptung aufgestellt wird: durch eine 8- bis 9stündige Arbeitszeit wird unsere Konkurrenzfähigkeit anderen Betrieben gegenüber geradezu untergraben. Einseitige Unternehmer sind längst zu der Überzeugung gelangt, daß nicht eine Verlängerung, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit steigert. Auch ist der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß diese dringende Mahnung bei der Arbeiterschaft Verständnis finden möge. Wir sind der Überzeugung, daß diese Zugabe zum Lohn den wenigen, die ihren wohlwollenden Gehör bis dato nicht verstanden haben, die Augen öffnen wird. Von einer Verbesserung der Löhne ist natürlich nicht die Rede, nur wenn der Arbeiter recht brav ist, dann werden Löhne gegeben, die nicht stattfinden. Arbeiter von Langerhütte! Seht in allen Industriestellen stehen eure Kollegen, speziell die Former, Schüller an Schüller zur Erringung auskömmlicher Lebensbedingungen. Auch euch möchten wir zurufen, endlich einmal für Verbesserungen in dem traurigen, klotzigen und gesundheitlich vernichtenden Formerberuf einzutreten und nicht, wie gelegentlich der Verlobungs- oder Hochzeitsfeier, Spalter zu bilden und euch mit einigen Biermarken beschenken zu lassen. Schließt euch zusammen, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verein! Fort mit dem Schandrian, aufgewacht zu einem neuen Leben, dann wird man euch nicht mehr nur als Werkzeug benutzen können.

Hüttenarbeiter.

Knechtlingen. (Ger mit einem Gewerbegericht!) Wegen Verstoß gegen § 123 Abs. 5 der Gewerbeordnung — so war auf dem Entlassungsschein bemerkt — wurde ein beim Langerhütte Hüttenverein „Aumek-Friebe“, Abteilung Fentlicher Gütle, bereits sechs Jahre beschäftigter Schweißbrenner noch einer „Missetat“ sofort aufs Klotz gefügt. Der „Verbrecher“ hatte sich auf zwei Schritte von der seiner Bedienung überwiegenen Schweißbrenner entfernt, um seine Hände zu reinigen, was dem die Aufsicht führenden Herrn Ingenieur Veranlassung gab, eine Strafe von 3 M. zu verhängen. Als die entsprechende Rundmachung am anderen Tage im Kasten hing und somit jeder Zweifel an der Absicht der Durchführung der Strafe ausgeschlossen war, ging der Sünder, da er, wie bereits gesagt, sechs Jahre im Werk beschäftigt war und deshalb auf etwas humanere Behandlung glaubte rechnen zu können, zu dem Ingenieur, den er um die Zurücknahme der Strafe ersuchte. Auf dessen Antwort, es bleibe bei den drei Mark, replizierte der Arbeiter: Dann könne der Herr Betriebsleiter mit Unannehmlichkeiten rechnen. Das war eine „Beleidigung“, die durch sofortigen Hinweis auf § 123 Abs. 5 der Gewerbeordnung nur „grobe“ Beleidigungen als sofortigen Entlassungsgrund gelten läßt, es ist auch vollständig ohne Belang, ob unter dem Gesichtspunkte der Objektivität eine Bemerkung überhaupt als Beleidigung aufgefaßt werden kann. Nach der Rechtsprechung des Reichlichen Amtsgerichts Göttingen genügt es vollständig zur Abweisung einer Entlassungsklage und zu sofortiger Entlassung, wenn sich der Arbeiter „gerade“ oder sein Beauftragter völlig subjektiv beleidigt „geföhlt“ hat. Nach dem auf Grund vorliegenden Tatbestandes ergangenen Urteil müßte also jeder, der zu irgend einem Beamten oder Ingenieur, dessen Schwager u. dergleichen Meßger- oder Badermeister ist, die Bemerkung machte, sein Verwandter fabriziere keine gute Leberwurst oder er habe schlechte Brezeln, auf erfolglose Anträge wegen Beleidigung verknurrt werden. Denn auch diese könnten sich ja dadurch wie durch die angelegten Unannehmlichkeiten beleidigt „fühlen“. Im Fentlicher sind annähernd 16 000 Hütten- und Bergarbeiter beschäftigt. In allen gewerblichen Streitigkeiten sind diese auf das Amtsgericht der De Belemsthal-Hütten angewiesen. Bei der ungewissen Arbeiterkollaboration im ganzen Vörlinger Industriegebiet dürfte unter tausend Arbeitern kaum einer vorzudenken sein, der im Falle von Überforderung durch

die Wohnungsnotwendigkeiten insofern ist, auf dem langsamsten Wege der obersten Gerichtshof sein Recht zu streiten. Und es immerhin können mag bei den Dundern und Launen von Sprachkannibalen, wenn ihnen bei der Arbeit das Formular, nach dem sie nicht mehr zu fordern haben, zur Unterbrechung vorgelegt wird? Das Fehlen eines Gewerbegerichts in einem solchen Industriegebiet ist einfach ein Skandal. Insofern 30 000 Einwohner haben die fast ein Ortsgelände darstellenden Gemeinden Göttingen, Knechtlingen, Knechtlingen und Knechtlingen. Die Arbeiterkollaboration der Fentlicher Fabrik bei den auch hier umherliegenden „christlichen“ Fabrikanten, die sich auf die Göttinger Fabrik beziehen, daß deren Arbeit, das Tabak-, Bier- und Süßholzfleischer-Gewerbe, im Jahre 1902 auch die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte im Reichslande hintertrieben hat. Hintertrieben im Interesse des Geldes, auch desjenigen des Fentlicher. Und deshalb, Hütten- und Bergarbeiter des Fentlicher, stärkt weiter eure Organisationen, wir werden dann auch noch mit diesen Umständen aufkommen.

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 20. November in den Gemerktag ihre ordentliche Generalversammlung für das laufende Quartal ab. Der Rentant Kollege Hennig erläuterte zunächst den Kassenbericht vom dritten Quartal, der den Mitgliedern eingehändigt worden war. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren bei der Hauptkasse mit 473 207,80 M. Die Ausgaben waren unter anderem: für Kassegeld 4449,80 M.; Unterhaltung beim Umzug 612,45 M.; bei Krankheit 110 268,55 M.; bei Arbeitslosigkeit 115 872,85 M.; bei Streiks 77 089,90 M.; Maßregelungen 12 966,80 M.; in besonderen Notfällen 1980 M.; Sterbegeld wurde gezahlt 3665 M.; der Rechnungserforderte 6830,16 M. Von der Hauptkasse wurde ein Zuschuß von 40 000 M. geleistet, an die Hauptkasse wurden 50 000 M. eingehandt. Die Totalkasse schließt ab mit 989 842,19 M. Der Kassenbestand betrug am 30. September 873 476,42 M. Gegenüber dem zweiten Quartal ist für die Kasse ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen, da an Beiträgen circa 38 000 M. mehr eingekommen sind, während die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung sich um circa 156 000 M. verringert haben. Eine Diskussion über den Kassenbericht fand nicht statt und es wurde dem Rentanten, nachdem Kollege Dräger namens der Revisoren dies beantragt, einstimmig die Entlohnung erteilt. Den Antrag der Verwaltung, einen dritten Beamten für die Kasse anzustellen, begründete Kollege Hennig mit dem Hinweis auf die Aufwandsbewegung der Verwaltungsstelle und der hierdurch erforderlichen Mehrarbeit für die Kasse. Die vor kurzem gegründete Jugendabteilung ist bereits jetzt schon auf über 500 Mitglieder angewachsen und wird in der nächsten Zeit noch bedeutend steigen. Dem Antrag der Verwaltung wird darauf ohne Diskussion zugestimmt und es werden hierzu als Kandidaten die Kollegen E. Schmidt, Kernmacher, und Volmer, Dreher, nominiert. Die Wahl selbst wird, wie üblich, in den Bezirken erfolgen. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Wegener wurde alsdann der Kollege Friedrich Carl als Vorkandidat gewählt. Eine ausgedehnte Diskussion zeitigte darauf der Antrag der Ortsverwaltung, die Neuregelung der Bezirke für die gesamte Verwaltungsstelle. Kollege Sande gab die Begründung hierzu. Berlin und Umgebung soll in 13 Agitationskreise eingeteilt werden, dergestalt, daß verschiedene der bereits eingerichteten Bezirke je einen Kreis bilden. Einem jeden dieser Kreise soll ein Kreisleiter vorstehen, der gemeinsam mit den Bezirksleitern die gesamte Agitation im Kreise zu leiten hat. Für den Kreis, wo die Notwendigkeit sich ergibt und die Kollegen des Kreises dies beantragen, soll die Anstellung eines besoldeten Kreisleiters erfolgen. Falls nach dem Ortsrat der Zustimmung der jeweiligen Generalversammlung. Wie handle zahlenmäßig nachweis, ist es in einzelnen Bezirken den jetzigen Bezirksleitern fast unmöglich, die Agitation so zu entfalten und die Interessen der Kollegen ständig zu wahren, wie es eigentlich notwendig ist. Die verschiedenen Feierabendarbeiten in den einzelnen Betrieben sind es besonders, die es einem in Arbeit stehenden Kollegen oft unmöglich machen, den Kollegen mit jenem Rat zur Seite zu stehen. Dem würde abgeholfen, wenn ein Kollege als Kreisleiter angestellt sei, da er dann zu jeder Zeit den Kollegen zur Verfügung stehe. Die Überwachung der Tarifverträge und das Verhandeln mit einzelnen Unternehmern in jenem Kreise bei Differenzen soll ebenfalls zu den Aufgaben des Leiters gehören. Für zwei dieser Kreise ist bereits seit geraumer Zeit je ein Kollege provisorisch angestellt und es hat sich diese Einrichtung, die auf Grund der Notwendigkeit und des Verlangens der in Frage kommenden Kollegen getroffen wurde, durchaus bewährt. Da es sich zunächst nur um die grundsätzliche Zustimmung zu dem Plane handelt, ersuchte der Redner um Annahme des Antrages. Die Mehrzahl der nachfolgenden Redner wendete sich jedoch gegen die Vorlage. Sie waren der Ansicht, daß Bezirke sich nicht ergeben werden und es sich nur darum handle, 13 neue Beamte zu erhalten. Kollege Cohen wandte sich besonders gegen diese Auffassung und wies darauf hin, daß es schließlich gleichgültig sei, ob der Vorlage zugestimmt würde oder nicht; denn wenn sich in den einzelnen Bezirken die Notwendigkeit zur Anstellung einer besoldeten Kraft ergebe, sehe sich die Verwaltung ohne weiteres gezwungen, dieselbe an die Generalversammlung mit einem Antrag heranzutragen. Die Generalversammlung müsse dann auch schon im Interesse der Organisation und der in Frage kommenden Kollegen, dem Redner tragen. Es sei aber grundsätzlich, davon zu reden, daß es sich jetzt darum handle, alle Kreisleiter in kurzer Zeit anzustellen. Dies würde sich, soweit es den ganzen Plan umfaßt, vielleicht in zehn Jahren notwendig machen. Nach Schluß der Diskussion wurde die Vorlage der Ortsverwaltung mit Stimmenmehrheit abgelehnt und ein Antrag eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen, ebenfalls abgelehnt. Die beiden Prothorien für die A. E. S. - Werke (Strunnen- und Ackerstraße und Oberförsteneide) sollen noch Beschluß der Generalversammlung vorläufig weiterbestehen bleiben. Nachdem alsdann noch der Antrag, auf die Tagesordnung der jeweiligen Generalversammlung den Punkt „Verhören“ zu setzen, abgelehnt war, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Düsseldorf. Der Streit in der Göttinger Fabrik F. P. H. ist beendet. Wir ersuchen aber die Kollegen, die eventuell in diesem Betrieb Arbeit annehmen, uns dies mitzuteilen.

Leipzig. Ueber die Zustände in der Maschinenfabrik von Freuche & Co. hat unser Verband zu wiederholten Malen die Öffentlichkeit unterrichten müssen. So mußte auch eine öffentliche Metallarbeiterversammlung sich am Freitag den 5. November in den drei Hörsälen zu Leipzig-Anger wieder mit den Betriebsverhältnissen dieser Firma beschäftigen. Und wenn die alten Raben noch kreiten inimmerdar, so muß ich auch noch schämen verzaubert hundert Jahr.“ An dieses Zitat mußte man denken, wenn man die Gestalten bemerkte, die an diesem Abend den Eingang zu den drei Hörsälen umkreisten. Schon lange vor Beginn der Versammlung konnte man sie im Schutze der Dunkelheit ihre Schlußwörter einnehmen sehen. Es waren nun in diesem Falle keine Raben, die einen Barbarossa im Schloße erhalten wollten, sondern die Herren v. Sahn, Wüdel, Engelhardt, Cordt u. s. w., alles Meister und Beamte der Firma Freuche & Co., die jedenfalls bemüht waren, die Arbeiter vor der Versammlung, also vor dem Aufbruch zu bewahren. Nachdem die Herren die Versammlungsbesucher genau gemustert hatten, zogen sie es vor, von der Bühne her zu verschwinden. Im Saale selbst hatte die Firma zwei Herren postiert, die alle Ausführungen genau stenographierten. Kollege Krüger referierte über das Thema: Die Zustände bei der Firma Freuche & Co. Aus dem Referat war zu entnehmen, daß es die Firma versteht, sich ein Maßregelungsbureau in die Metallindustrie einzurichten. Ist es einem Kollegen vergönnt, trotz eifrigster Schnüffelerei der Direktion, bei der Firma Arbeit zu bekommen, so kann er in kurzer Zeit die herrlichen Zustände schon „att bekommen haben. Abhilfe findet an der Tagesordnung; rüßt doch der Direktor oft: Es ist gleich, abgelesen muß werden! Es werden natürlich auch die Personen nicht verschont, die beim Streik der Firma Klausurkandidat geleistet haben. Was für trügerisch,

die „alten“ Raben bei der Firma geleistet werden muß, mag folgendes Beispiel zeigen: In der Fabrik müssen von einem Arbeiter 8, 7, ja 10 Maschinen bedient werden. Dafür gibt es Lohn von 30, 35, und 40 M. Dreier erhalten 40 M. Lohn. Was das Aussehen betrifft, so suchen sich verschiedene Meister gegenseitig zu überbieten. Übertragendes ist die Meister v. Sahn und Wüdelmann. Nach sich ein Kollege irgend mißlieblich über des „Berg“ verhängt. So kann er annehmen, daß er in Kürze die Abteilungen dieser Meister erledigen wird und damit der Tür am nächsten ist. In allen Lebenslagen bewandert ist der Werkzeugmacher Wolf. Er nimmt den Begeisterten, wenn er in einem Arbeiterkongress ist, den Entschluß in einer Protestversammlung, den äußerlich Kuffelenden, wenn ihn nicht mehr auskomme. Der Kollege muß sich dann befehlen lassen, was er alles um und nicht tun soll, um mit dem Gelde auszukommen. Besonders Sorgfalt verwendet die Firma auf den Wort. Dieser Bau macht einem praktisch eingerichteten Schaulaffen alle Ehre, kann man doch von allen Seiten alles genau beobachten, was sich da hinter Glas und Rahmen vollzieht. Diejenigen mit Strofe bedeckt, der gegen sie verfährt. Bedenklich weniger Interesse hat die Firma für Maßnahmen, Verbandsarbeiten und die Verwaltung der Strafgelehr. Früher wurde die Höhe der vorhandenen Gelder von Zeit zu Zeit angegeben, jetzt dagegen bleibt man im Ungewissen. Einen besonderen Vorzug hat der Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein im Betriebe, selbst Meister empfehlen, in ihn einzutreten. Begreiflich ist dies, wenn man die Ausführungen des Herrn Sauer (H. D.) in der letzten Betriebsversammlung gehört und den Artikel im Gewerbeverein gelesen hat, in dem die Meister und die Firma in Schwere genommen wurden. In der kurzen aber lebhaften Diskussion wurde auf das unseiner Verhalten der Gewerbeverein eingegangen, von den Vorwürfen verjagt diese sich vergeblich reinzuwaschen.

Berlin. (Hirsch-Dunderscher Terrorismus.) Zwei Mitglieder des Hirsch-Dunderscher Gewerbevereins suchten hier Arbeit. Als sie solche auf der hiesigen Werk erhalten, fanden sie auch ein Logis, in dem aber auch Mitglieder unseres Verbandes wohnten. Natürlich kam man da auch auf die Organisationszugehörigkeit zu sprechen und nach kurzer Zeit schon saßen die beiden Mitglieder des Gewerbevereins den Entschluß, zu unserem Verband überzutreten zu wollen, was denn auch geschah. Auf der Werk kam nun der eine der Übergetretenen in eine Betriebsabteilung, in der keine Gewerbevereiner tätig sind, und dieser arbeitet jetzt noch dort; anders erging es aber dem, der in den „Hirschenstall“, die Maschinenwerkstatt, berufen wurde und dort Gelegenheit bekam, mit den Mitgliedern seiner bisherigen Organisation zusammen arbeiten zu können. Zunächst, als er in der Kolonne eines „Verbinders“ arbeitete, kam der Obmann der Gewerbevereiner mit der Mitteilung, er (der Obmann) habe aus Erfurt einen Brief erhalten des Inhalts, daß der Schloffer Mitglied des Gewerbevereins sei und deshalb solle er doch sein Mitgliedsbuch zur Anmeldung abgeben. Als das aber nicht geschah, merkten die Gewerbevereiner bald, daß ihnen wieder einmal ein Mitglied abtrünnig geworden sei, und nun ging das Schlimmste los. Besondere Gelegenheit bot sich dazu, als der Übergetretene der Kolonne des Gewerbevereins Schulz zugestellt wurde. Dieser Schulz, der immer damit renommierter, daß er früher der Schutztruppe angehört, nahm den Kollegen mit den Worten in Empfang, daß er bei ihm keine ruhige Stunde haben solle. Und so ist es auch gekommen. Der Kollege mußte mehr Zeit für das Suchen der ihm verstaubten und verschleppten Werkzeuge verwenden, als er zum Festhalten der Arbeitsstücke hätte verwenden dürfen, und er kam deshalb nicht aus dem Lager und Verbruch heraus. Als auf diese Art und Weise der „Beweis“ erbracht war, daß der Kollege die betreffende Arbeit nicht mit der Geschwindigkeit verrichten könne, die von einem Fachmann verlangt wird, wurde er dem Obmann der Gewerbevereiner als Hilfskraft überwiesen. Dieser ließ ihn schließlich stehen und sagte dann: „Ich habe keine Arbeit mehr für dich.“ Erhöht über dieses Verhalten der Gewerbevereiner ging der Kollege zum Meister und forderte seine Entlassung. Kaum hatte der Gewerbevereiner Schulz dieses erfahren, da kündigte er dem der Harmoniefahrer abtrünnig Gewordenen an: „Warte nur, abends beim Tor kommst du keine Lage.“ Es war ihm freilich keiner beim Tor um „Lagen“ auszugeben, aber die Tatsache der Bedrohung bleibt bestehen. — Wenn der Regulator bisher berichten müßte über den Mitgliederchwund im Gewerbeverein, der seine Ursache auch darin hatte, daß die Mitglieder des Gewerbevereins den Weg zu unserer Organisation gefunden haben, dann war dieser „Bericht“ gewöhnlich auch ein wütendes Geschimpfe über Terrorismus, den die Mitglieder unserer Organisation verübt haben sollten, denn anders glaubte man den eigenen Mitgliedern den Mitgliederchwund nicht erklären zu können. Der hier vorgetragene Fall zeigt aber recht deutlich, daß die Gewerbevereiner das Terrorisieren jetzt gut verstehen und auch nicht davor zurückschrecken, die Verfolgung bis zur Brotlosmachung zu treiben.

Rundschau.

Wohlfühlwandel über den Zentralverband deutscher Industrieller. Die von der Parteipresse und auch von uns (vorige Nummer) veröffentlichten interessanten Mitteilungen über die Ausschussung des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 15. Oktober haben begreiflicherweise einigen Staub aufgewirbelt. Daß die Parteipresse die Sache einer gewissem Kritik unterzog, wird den Scharfmachern nichts neues gewesen sein und sie kaum beunruhigt haben; unangenehmer war es den Wied und Gewissen aber jedenfalls, daß auch bürgerliche Blätter mit ihrer Meinung nicht hinterm Berge hielten. Weil die Sache sich aber mit dem besten Willen nicht ableugnen oder vertuschen ließ, erschien es den Zentralverbandsscharfmachern als das Beste, sie als möglichst harmlos hinzustellen. Es erschien also in der Post, dem bekannten Scharfmacherorgan (Nr. 547, Morgenausgabe vom 23. November), ein gegen den Vorwärts gerichteter und offenbar vom Zentralverband inspirierter, also sozialer zentralverbandsoffizieller Artikel mit der Überschrift: „Kritik ohne Kenntnis.“ Darin wurde ausgeführt, daß „sogar“ nach der bewußten Unsicherheit „ein knapper Bericht direkt an etwa 130 Zeitungsredaktionen verandt“ worden sei. Dieser Bericht war aber offenbar so fälscht, daß er nicht so alarmierend wirkte, wie der ausschließliche Bericht, den nachträglich der Vorwärts und andere Parteiblätter brachten. Daß er das nicht gewesen ist, geht aus einem Leitartikel über den „Knappen Bericht“ hervor, den die Politische Volks-Zeitung in ihrer Abendausgabe vom 16. Oktober brachte. Damals wertete dieses Zentrumsblatt in scharfen Worten gegen das Projekt des Zentralverbandes. Es schrieb unter anderem:

„Der die Kreise kennt, die im Zentralverband deutscher Industrieller tonangebend sind, kann keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, was mit diesen „Schädigungen und Befassungen“ gemeint ist: es sind vorwiegend die sozialpolitischen Gesetze. Unter diesen Umständen bedarf es auch keines weiteren Nachdenkens, um zu begreifen, wie die Verhinderung zu verstehen ist, aus diesem Fonds solle den Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien Unterstützung zuteil werden. vorausgesetzt, daß von ihnen die Vertretung der Interessen der Industrie im Sinne der Stellungnahme des Zentralverbandes sicher zu erwarten sei. Für die Zentralismusparteien, die zwar gewillt ist, im Rahmen ihrer Gesamtpolitik die Interessen der deutschen Industrie nach Kräften zu fördern, sich aber insbesondere in ihrer Sozialpolitik, vom Zentralverband keine Vorschriften machen lassen kann, kommt der Wahlfonds dieses Verbandes also von vornherein nur insoweit in Betracht, als er eine Verfüng der Hilfswellen ihrer Gegner bedeutet.“

Diese Ausführungen machte die Politische Volks-Zeitung offenbar in dem Glauben, daß das Zentrum von der Unterstützung durch den Zentralverband ausgesetzt werden sollte. Erst nach dem 22. November, also nach der „indiskreten“ Ver-

Offenlegung des ausführlichen Berichtes, dem die Reichliche Reichsleitung in ihrer Abendausgabe auf den Teil der Verhandlungen zu sprechen, worin das Zentrum erwidert ist, und alle die betreffenden Verfügungen von Reich, Müller und Doppelius (siehe auch Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 579). Die wollen hier die Öffentlichkeit bald nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß die Reichliche Reichs-Zeitung sich nach wie vor auf dem Standpunkt hält, es könne niemals ein Zentrumstandbild in die Lage kommen, die Hilfe des Zentralverbandes in Anspruch zu nehmen. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß dies bei den wechselnden politischen Situationen in dem einen oder dem anderen Wahlkreis nicht doch gescheit oder daß der Zentralverband bei Schwierigkeiten den Zentralleiter nicht doch als das "kleinere Übel" betrachten.

In dem genannten Artikel der Post heißt es weiter: "Ferner war alsbald durch eingehende Berichte über den Verlauf dieser Sitzung in der Berliner Politischen und in der Deutschen Zeitung, dem Organ des Zentralverbandes, Gelegenheit gegeben, sich noch genauer zu informieren."

Wir kennen nur den Bericht in der Deutschen Industrie-Zeitung, dürfen aber wohl annehmen, daß er mit dem in den Berliner Politischen Nachrichten übereinstimmt. Und das müssen wir sagen, daß auch dieser Bericht sehr dürftig, im Vergleich zu dem, was in der Sitzung alles vorgekommen ist, sogar ganz besonders dürftig ist. Der Bericht war eher alles andere als ein getreues Bild der Verhandlungen. Das Schönste kommt aber noch in den folgenden Ausführungen der Post:

"Sobald verläßt der Zentralverband am 10. November sofort nach Fertigstellung des 116. seiner Verhandlungen z., welches die stenographische Wiederholung der Vorträge, Erörterungen und Beschlüsse der Ausschüsse vom 15. Oktober enthält, an 50 größere Zeitungen; schließlich gab er noch eine kurze Notiz heraus, welche besonders auf das Erscheinen dieses Heftes und auf seinen Inhalt hinweist. Auch die vorangegangenen Hefte sind seit langem regelmäßig unentgeltlich den Zeitungen zugestellt worden; zugleich wird jedermann bekanntgegeben, daß sie im Buchhandel zu beziehen sind. Der Zentralverband deutscher Industrie-Arbeiter ist also jedenfalls so offen wie möglich vorgegangen und hat jedem, der sich über sein Verhalten entsprechend orientieren wollte, diese Möglichkeit in reichstem Maße gegeben. Der Vorwärts, welchem der Zentralverband seine Publikationen nicht schickt, der sich aber aus Interesse an der Sache das Heft 116 gekauft haben wird, brachte daraus am 16. und 17. November längere Stellen der Verhandlungen über den Wahlkampf zum Abdruck und leitete hiermit dem Zentralverband unfreiwillig einen guten Dienst. Denn nun hat sich das Gros der bürgerlichen Presse veranlaßt, der Sache etwas nähere Aufmerksamkeit zu schenken, weil der Vorwärts wieder einmal in der Lage gewesen sein sollte, 'geheimere' Mitteilungen oder Schriftstücke zu publizieren. Das wurde in der Presse, auch in großen und angesehenen Blättern, von ganz verschiedenen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, weiterverbreitet. Tatsächlich hat hier das sozialdemokratische Zentralorgan, bevor es kritisiert, sich und seine Leser erst gebührend, aus den der breitesten Öffentlichkeit zugänglichen Mitteln, über die Sachlage informiert."

Es mag ja sein, daß das Bewußte dem Zentralverband herausgegebene Heft 116 wirklich zu der genannten Zeit erschienen und an die Mitglieder und sonstige vertraute Personen verbannt worden ist. Sehr wichtig steht es aber um die Behauptung, daß jedem, der sich über das Verhalten des Zentralverbandes entsprechend orientieren will, diese Möglichkeit in reichstem Maße gegeben ist. Wir haben da einige Erfahrungen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist doch — wie wohl auch die Post nicht bestreiten wird — in hohem Maße an den Verhandlungen des Zentralverbandes interessiert und hat infolgedessen für sein literarisches Bureau die Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Zentralverbandes deutscher Industrie-Arbeiter seit einigen Jahren durch die Firma Alexander Schilde & Co. abhandelt und der Verlagsbuchhandlung (F. Guttertag, S. m. d. S. in Berlin) den Auftrag gegeben, jedes Heft sofort nach seinem Erscheinen zu publizieren. Dort ist nach unserer Ermüdung nicht nur das Heft 116 noch nicht eingetroffen, sondern auch das Heft 115 noch nicht. Das letzte, beim literarischen Bureau eingetroffene Heft war Nr. 114, eingegangen am 22. März 1909. Weil diese Verhandlungen z. in unregelmäßiger Reihenfolge erschienen, ist es unmöglich, festzustellen, wann sie herauskommen und eventuell sofort zu reklamieren. Am ehesten wird man nicht recht vorstellen, daß in der doch jedenfalls sehr wohl eingerichteten Buchhandlung von Guttertag eine solche Unannehmlichkeit herrscht, daß die Besteller ihrer Bestellungen so schlecht bedient werden, wie in diesem Falle, wo schon mehr als einmal Reklamationen nötig waren. Es erscheint viel richtiger, anzunehmen, daß der Verlag im Auftrag des Zentralverbandes die übrigen Häuser der Verhandlungen z. je nach ihrer Persönlichkeit längere oder kürzere Zeit warten läßt, bis er die Aufträge ausführt. Obgleich diese Publikationen des Zentralverbandes im Verhältnis zu ihrem Umfang recht teuer sind, legt der Verlag auf ihren Verkauf im Buchhandel ansonsten dennoch kein Gewicht, jedenfalls, weil der Zentralverband sie schon ohnehin so hoch bezahlt, daß der Verlag auf den Gewinn durch den Vertrieb im Buchhandel verzichten kann.

Wenn man sich dies alles vor Augen hält, so muß man doch sagen, daß der Reklamationsverzug nach die Unannehmlichkeit des Verzugs durch die Post gründlich mildernden ist und daß ihre Wirkung völlig ihren Zweck verfehlt. Der selbige König Stamm hat einmal eine höchst respektvolle Äußerung über die Post getan, er sprach von Postleuten. Was er wohl zu dieser Gleichsetzung sagen würde . . .

Zum Schnapsbockst.

Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt folgende Kundgebungen:

Höhere Bezirksverbände verlangen von uns eine Erklärung über die Durchführung des Brannweinbrennens. Auch in der Parteipresse sind bereits uralte Missverständnisse aufgeklärt, so daß wir getragener sind, unser Meinungs in dieser Frage darzulegen. Die Resolution des Leipziger Parteitag hat folgenden Wortlaut: Die von der egyptisch-italienisch-orientalischen Reichsregierung beschlossene Erhöhung der Brannweinsteuer bedeutet, einen großen Teil des zum die wirtschaftliche Kräfte des Reiches dem Verarmen auszuweiden. Jedoch soll durch die Aufrechterhaltung der Steuererhöhungspolitik auch weiterhin die Staatskasse auf Kosten der Brannweinsteuer ein jährlicher Ertrag von über 50 Millionen Mark erzielt werden. In dieser betrüblichen Reichsfinanzpolitik soll die Steuererhöhung nicht nur die wirtschaftlichen Kräfte des Reiches weiter zu schwächen, sondern auch die Arbeiter der Industrie zu verschlingen, den Brannweinbrenner zu meiden. Die Parteipresse, die Parteipresse und Parteipresse werden angewiesen, diesen Beschluß in geeigneter Weise zur Durchführung zu bringen.

Bei der Begründung der Resolution ist nur zum Ausdruck gebracht worden, daß der Antrag als politischer Vorstoß gemacht wurde, und daß es sich in der Hauptsache darum handelt, den Brannweinbrenner entgegenzusetzen. Auch der Bericht der Parteipresse auf dem Parteitag und die öffentliche förmliche Festsetzung zur Resolution zeigt, daß es den Parteitag nur darum betraf, die mit dem Brannweinbrenner beschlossene Erhöhung der Arbeiter abzumildern und der Reichsregierung einen Schlag zu versetzen. Die Bedeutung des Schnapsbockst. ist also in keiner Weise zu verkennen. Er soll eine Art Steuererhöhung sein.

Bei den Parteitagverhandlungen sind allerdings auch die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Schnapsbockst. in Betracht gezogen worden, aber nur als sehr entfernte Begleiterscheinungen. Man muß sich aber nicht täuschen. Die Stellung der Partei

zur Alkoholfrage ist in der Resolution des Leipziger Parteitag festgelegt. Daran ist durch den Leipziger Parteitag nichts geändert worden.

Wichtig ist die Frage aufgeworfen worden, welche Getränke beim Schnapsbockst. betroffen werden. Der Parteitag richtet sich gegen das Brannweinbrennergesetz und damit gegen alle der Brannweinbrenner unterliegenden Spirituosen. Vor allem aber wendet sich der Parteitag nach seiner ganzen Entscheidung und dem damit beabsichtigten Zweck gegen den Konsum, auf dem die Steuergaben politisch basieren.

Die Propaganda für den Schnapsbockst. muß von den Parteigenossen lebhaft betrieben werden. In jeder Parteiversammlung soll darauf hingewiesen werden, und die Parteipresse muß fortgesetzt zur Weidung des Brannweinbrennergesetzes auffordern. Wir empfehlen die Weidung auch dringend, soweit es noch nicht geschehen ist, das von uns herausgegebene Flugblatt: 'Deutscher Arbeiter, wehre dich gegen Steuerbr. z. und Junkerbr. mull' zu verbreiten.

Ein jeder setze seine Ehre daran, bei dem Parteitag ergangenen Aufforderung zu entsprechen und den Schnaps zu meiden! Im übrigen müssen unsere Organisationen bei der Durchführung des Bockst. vorzüglich zu Werke gehen. In Zusammenhang mit dem Bockst. dürfen wir nicht angewendet werden! Es kann sich bei diesem Bockst. nur um eine moralische Einwirkung auf die Parteigenossen handeln. Das ist auch von den Begleitern des Antrags in Leipzig mit aller Deutlichkeit gesagt worden. So hat der Genosse Böbe ausgeführt:

Wir wollen die Partei bestimmen zu einer Propaganda zur Herabminderung des Brannweinbrennergesetzes in der deutschen Arbeiterklasse. . . . Moralisch gehen wir nicht so weit, daß wir ein Parteiverbot verlangen, daß keiner mehr Schnaps trinken darf. Das könnte zu Zerwürfeln führen. Es kommt uns nur darauf an, eine moralische Einwirkung auf die selbständigen Entschlüsse des einzelnen zu erzielen. Ich will nichts weiter, als eine moralische Kundgebung des Parteitag zugunsten des Schnapsbockst.

Dabei muß es auch bleiben. Wenn ein Parteiblat in seiner Aufforderung zum Schnapsbockst. sagte, daß, wer noch Schnaps trinkt, gegen die Grundzüge der Partei verstoße, so muß dem entgegenwiderprochen werden. Es muß beachtet werden, daß wir mit dem Bockst. gegen die Einwirkung der Getränke und nicht gegen die Parteigenossen kämpfen. Die ganze selbstverständliche durch eine Parteitagskundgebung nicht mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden können. Wir würden die Parteiverfassungen zum Schaden der unangenehmen persönlichen Zerwürfnisse machen, wenn wir die Parteitagsaufforderung in der Form von Beschlüssen beschließen oder als Verstoß gegen die Parteigrundsätze betrachten würden. Schnapsbockst. und Demagogik sind für und für geöffnet und dadurch nicht nur die Partei im höchsten Maße geschädigt, sondern auch dem Schnapsbockst. der schärfste Dienst erwiesen.

Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Von einem Ausschlußverfahren kann da selbstverständlich keine Rede sein.

Nach den bisherigen Erfahrungen darf man mit der Wirkung der Parteitagskundgebung voll aufrechen sein. Wirken die Parteigenossen im Sinne unserer Darlegungen weiter, dann wird der vom Parteitag beabsichtigte Zweck erreicht und eine Schädigung der Partei vermieden werden.

Diese Kundgebung des Parteivorstandes ist ohne Zweifel sehr richtig und auch notwendig, weil die darin herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung des Bockst.beschlusses tatsächlich aufzuheben. Es hat aber auch diese Kundgebung den Genossen Franz Wehring veranlaßt, in Nr. 9 der Neuen Zeit den Bockst.beschluß einer Kritik zu unterziehen, worin er behauptet, daß der Beschluß für die Partei nicht eben so wichtig sei, wie er eine mehr oder minder alkoholisierte Gesellschaft sei. Wir haben weder Talent noch Neigung, uns so wie ich selbst. Wir haben weder die Gelegenheit als Parteireder aufzutreten, finden jedoch, daß diese Bemerkungen der Wehring recht unangebracht sind. Auf solche "Argumente" sind, soweit unsere Kenntnis reicht, noch nicht einmal unsere Gegner gekommen. Es kann nach unserer Meinung nur jemand darauf verfallen, der nur den Bockst. allein und nicht die Gesamtsituation betrachtet, die zu dem Beschluß geführt hat. Am allerersten sollte eine solche Kritik doch eigentlich denen liegen, die dem Parteitag beige worden haben. Wir sind der Meinung, daß, wenn der Beschluß der Partei einigermassen, es allerdings besser gewesen wäre, ihn gar nicht erst einzuführen, dann wir glauben, daß dann die Schnapsproduzenten zu lassen, wenn ein solcher Minderkonsum wahrzunehmen würden. Der Beschluß wendet sich aber nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an alle Arbeiter mit der Aufforderung, den Brannweinbrenner zu meiden. Wir lassen dies so auf, daß die Partei auch über ihre Reihen hinaus einen moralischen Einfluß gegen den Schnapsbrenner ausüben soll. Daß ein solcher möglich ist, wird jeder, der schon mit den berechtigten Bekämpfungskräften direkt zu tun hatte, bestätigen. Das Schnapsbockst. können wir ruhig außer Betracht lassen, das allein wird die Parteipresse nicht ruhig machen, und der Teil des Landvolkes, an dem wir abseht noch nicht herankommen können, wird ja glücklicherweise immer kleiner.

Dann halten wir noch vor diesen Beschluß des Leipziger Parteitag für einen der demütigsten Beschlüsse, die jemals auf einem Parteitag gefaßt worden sind. Wir glauben auch im Gegenteil zu meinen, daß der Beschluß der Leipziger Parteitag sehr wohl geeignet ist, einen Stoß gegen die unrichtigen Schnapsbrenner zu setzen. Selbstverständlich kann hinterher auch in dieser Sache nur irgendwas und aus diesem Grunde war die Kundgebung des Parteivorstandes sehr wohl am Platze. Wir fordern deswegen von allen Kollegen auf, im Sinne des Leipziger Parteitag und der Kundgebung des Parteivorstandes die Parteipresse zu unterstützen, nicht nur, soweit sie schon Parteigenossen sind, sondern auch die Kreise der Partei hinaus bei jedem, mit dem sie in Berührung kommen.

Sozialdemokratische Wahlfrage.

Die sozialdemokratische Partei hat in den letzten Wochen eine weitere große Zahl von Siegen bei den Kommunalwahlen errungen. Ihre Stimmenzahl nahm überall bedeutend zu, selbst dort, wo ihr Ansehen durch die Wahl nicht ansehnlich. Die "rote Welle" ist also in wachsendem Maße zu sehen.

Wir haben auch die zwei Reichstagsersatzwahlen mitzugeschaut, die schon lange des Jahres der politischen Parteien in Anspruch nahmen. Bei der Wahl in Landshut-Soldin am 12. November erhielt der Sozialdemokrat 9470, der Sozialdemokrat 6376 Stimmen. Die darauffolgende Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Sozialdemokraten, die am 22. November stattfand, endete mit dem Siege des Sozialdemokraten, der 12 370 Stimmen erhielt, während für Böhler 11 226 Stimmen fielen. Die Nationalversammlung hat für die Stichwahl die Parole für den Sozialdemokraten ausgesprochen, die Freiwahlige Bewegung war weder sich noch die Partei, die überließ es ihren Anhängern, sich zu entscheiden, nur die sozialdemokratische Bewegung hatte den Mut, für den Sozialdemokraten einzutreten. Trotz des Sieges des Sozialdemokraten bedeutet die Wahl in Landshut-Soldin gegen die von 1907 einen großen Erfolg für die Sozialdemokratie. Damals lagte der Sozialdemokrat bereits im ersten Wahlgang mit 13 828 gegen 6 177 sozialdemokratische und 6 176 freiwahlige Stimmen.

Einen beachtlichen Erfolg hatte die Sozialdemokratie am 26. November bei der Reichstagsersatzwahl in Halle a. S., indem ihr Kandidat Fritz Kauer mit 25 553 Stimmen über den "freiwahligen" Kandidatlandesherrn Reimann aus Berlin

stieg, der 21 370 Stimmen erhielt. 1907 hatte der Sozialdemokrat 18 411, auf dem hat ebenso wie bei auf Reimann die die Wahlen und reaktionären Interessengruppen vornehmlich dem 25 240 Stimmen erhalten, somit 21 941. Bei der letzten Wahl hat also der Kandidat der Sozialdemokratie 25 553 Stimmen mehr, der freiwahlige Kandidat 26 787 weniger erhalten als 1907. In bürgerlichen Kreisen haben zwar bei diesem Wahlgang in Halle mit demselben Namen und gemeinen Mitteln gekämpft, wie 1907, aber inzwischen hat ein großer Teil der Wähler einsehen gelernt, wie sie damals beschwindelt worden sind und sie wenden sich nun der Sozialdemokratie zu als der Partei, die allein es ehrlich und aufrichtig mit dem Volke meint.

Sozialdemokratische Anträge im sächsischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags brachte am 20. November folgenden Antrag zur Einberung der durch Art. 6 des Verfassungsgesetzes erzeugten Kommission ein:

"Die Kommission solle beschließen: I. Die Regierung zu ersuchen, zur Einberung der durch Art. 6 des Verfassungsgesetzes erzeugten Kommission folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Die Gemeinden des Landes zu veranlassen: a) Unter teilweise Benutzung der Sparkassenüberschüsse, Arbeitslosengelder z. einen Arbeitslosenfonds einzurichten; b) aus diesem Fonds beschäftigungslosen Arbeitern, die einer Arbeitslosenklasse angehören, einen Zuschuß zu dem Unterhaltungsbeitrag ihrer Klasse zu gewähren, der in der Regel 50 Prozent des besetzten Betrages soll; c) allen anderen Arbeitern zu ermöglichen, durch Beiträge zu diesem Fonds Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erlangen und hierzu ebenfalls einen Zuschuß in obiger Höhe aus Fondsmitteln zu gewähren.
2. Den Gemeinden aufzugeben, geeignete Arbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser im Winter zu tarifmäßigen beziehungsweise im Verufe ortstüblichen Löhnen herbeizuführen.
3. Dem Landtag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach den Gemeinden mindestens 50 Prozent der Summe zurückerstattet werden, die sie zu Zwecken der Arbeitslosenfürsorge aufgeben, und hierzu in den Etat für 1910/11 200 000 M. einzustellen.
4. Zur Einberung der Arbeitslosenkommission im kommenden Winter Staatsarbeiten und Vergebung von Staatsaufträgen in der Vorbereitung so zu beschleunigen, daß eine größere Anzahl Arbeiter zu tarifmäßigen beziehungsweise im Verufe ortstüblichen Löhnen Beschäftigung findet, und Arbeiterentlassungen vermieden werden.
5. Den im September 1910 in Paris stattfindenden internationalen Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aus Regierungsbekanntem und Abgeordneten beider Kammern bestehende Deputation zu beschicken.
6. Nach diesem Landtag eine Denkschrift über die Frage der Arbeitslosenfürsorge zu unterbreiten.

II. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen."

Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt die Aufhebung der Ersten Kammer.

Sozialdemokratische Anträge im badischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags brachte folgende Anträge ein:

1. Die badische Regierung möge mit den deutschen Eisenbahnverwaltungen zwecks Abschaffung der ersten Wagenklasse in Verbindung treten. — Für die badischen Eisenbahnen soll das Kilometergehalt wieder eingeführt werden.
2. Vorlegung eines Gesetzesentwurfs betreffend die Regelung des Arbeitsnachweises. — In den Etat für 1910/11 sollen zum Zwecke der Fürsorge für Arbeitslose 100 000 M. eingesetzt werden.
3. Den Arbeitern der badischen Staatsbetriebe sei eine tägliche Lohnzulage von 25 Pf. und allen Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 M. eine jährliche Feuerungszulage von 90 M. zu gewähren.
4. Die Regierung möge dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, durch welche die Gewerbeinspektion derart ausgebaut wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen ange stellt werden, damit alle der Inspektion unterstellten Betriebe im Jahre mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstände festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.
5. Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung arbeitsloser Arbeiter zu beantragen und ferner dahin wirken, daß die Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen in einer Weise geändert werden, die den bei Feststellung und Auszahlung der Unterstellungen zutage tretenden Mängeln abhilft."

Außerdem wurde eine Interpellation eingebracht, die sich auf mangelnde Fürsorge für nicht mehr in vollem Umfang arbeitsfähige Arbeiter und Beamte bezieht.

Schwerföhrliches.

Holzarbeiter. Ueber die Situation in der Holzindustrie schreibt die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 48 unter anderem folgendes:

"In mehr als 50 Städten sind die Verträge gekündigt, wir stehen am Beginn einer Lohnbewegung, welche nahezu 40 000 Kollegen umfaßt. Es ist das die umfangreichste Bewegung, die jemals in der Holzindustrie geführt wurde. In der Absicht unserer Kollegen lag es nicht, der diesjährigen Bewegung einen solchen Umfang zu geben. Wir haben nur einen Teil der ablaufenden Verträge gekündigt, und zwar nur in den Städten, in welchen wir eine halbjährige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für unerläßlich halten. Unser Vertragskontrahent, der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, hat es aber anders bedacht. Ihn schwebt als Ziel der Reichstaxif vor, oder richtiger der Aufnahmestärke der Verträge am gleichen Tage. Wir haben zurzeit drei größere Gruppen von Tarifverträgen, nämlich solche, die jeweils Mitte Februar 1910, 1911 und 1912 ablaufen, daneben existieren noch eine Reihe von Verträgen mit einem anderen Ablauftermin. Wenn diesmal nicht alle Verträge gekündigt worden wären, dann würde die Gruppe der Mitte Februar 1911 ablaufenden Verträge eine entsprechende Verstärkung erfahren haben. Man könnte die Frage aufwerfen, ob das nicht in höherem Maße der vom Arbeitgeberverband verfolgten Tendenz entsprechen haben würde; es ist aber zweifellos, darüber nachzugrübeln. Die Verträge sind sämtlich gekündigt und wir müssen uns mit der gegebenen Situation abfinden."

In der Vorberedung, welche die Verbandsvorstände am 26. und 27. Oktober hatten, wurde allseitig die Friedensliebe beteuert. Wir brauchen unsere Kollegen nicht besonders zu versichern, daß, soweit unser Verband in Betracht kommt, der erste Wille zu einer friedlichen Verständigung vorhanden ist. Es entspricht das durch dem Standpunkt, den unsere Organisation von jeher eingenommen hat. Der Zweck unseres Verbandes ist es nicht, Kämpfe zu führen. Der Streik ist nur ein Mittel, und zwar das alleräußerste Mittel, um die als notwendig erachtete Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen. Geht es, dieses Ziel auf andere Weise zu erreichen, dann entfällt für uns die Notwendigkeit, von dem letzten Mittel Gebrauch zu machen."

Auf der anderen Seite haben wir auch keine Veranlassung, Zweifel in die Aufrichtigkeit der Erklärungen zu setzen, welche vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes abgegeben wurden. Wir wissen, daß dort die Verhältnisse durchaus nicht so glänzend sind, wie man es nach unseren Erfahrungen lassen möchte, und der Wunsch, den Konflikt auf friedlichem Wege aus der Welt zu räumen, ist

von jener Seite durchaus begrifflich. Es wäre aber nicht idiosyncratisch, als wenn wir uns durch solche Erörterungen verleiten ließen, den Ernst der Situation zu verkennen. Denn wir auch zugestehen, daß man im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen...

Deshalb ist es durchaus erforderlich, daß wir uns überall so einrichten, als ob wir im kommenden Frühjahr einen Kampf von ungeheuren Dimensionen zu führen haben. Wir müssen also bei aller unserer Friedensliebe zum Kampf rufen, und je besser unsere Rüstung ist, desto größer ist die Aussicht auf die Erhaltung des Friedens.

Mit der Frage, welche Maßnahmen angesichts der erfolgten Vertragsunterscheidung zu ergreifen sind, hat sich auch eine von Verhandlungsvorstand auf den 16. November einberufene Konferenz beschäftigt, an der Vertreter aus allen Städten teilnahmen, in welchen der Vertrag gekündigt ist.

Daß der Stand der Verhandlungen ein besonders ungünstiger sei, kann trotz der hohen Anforderungen, welche infolge der großen Arbeitslosigkeit an sie gestellt wurden, nicht behauptet werden. Aber eine Stärkung unserer finanziellen Kampfmittel ist trotzdem absolut erforderlich. Es wurden deshalb Maßnahmen zur Auffüllung der Verhandlungsstelle auf der erwähnten Konferenz erörtert und das Resultat der Abstimmung war die Annahme der folgenden Resolutionen:

Die amnestischen Vertreter der Vertragsorte sprechen ihre ernüchterte Überzeugung dahin aus, daß die vom Arbeitgeberverband durch Kündigung sämtlicher Verträge hervorgerufene umfangreiche Vertragsbewegung so durchgeführt werden muß, wie es dem Interesse der Mitglieder wie auch dem des Gesamtverbandes entspricht. Als das nächste Mittel hierzu muß eine sofortige finanzielle Kräftigung des Verbandes ins Auge gefaßt werden.

Die heutige Konferenz ersucht daher den Vorstand, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften unverzüglich eine energische Agitation im gesamten Verbandsgebiet zur Aufklärung über die gegenwärtige Situation einzuleiten und hierbei den Mitgliedern die Notwendigkeit der Abführung von Beiträgen zu betonen. Gleichzeitig soll den Mitgliedern empfohlen werden, die Erhöhung des Verbandbeitrags um 10 % pro Woche durch Urabstimmung zu beschließen. Diese 10 % sollen der Hauptkasse unterstellt werden.

Der Verhandlungsvorstand ist zu dem Resultat gekommen, von einer Urabstimmung über die Erhöhung des Verbandsbeitrags Abstand zu nehmen; zugleich wurde beschlossen, vorläufig auch von dem Ausschreiben eines Beitrags abzugehen.

Wird nun auch eine bestimmte Verpflichtung hinsichtlich der Mehrleistung von Beiträgen, die alle Verbandsmitglieder trifft, durch den Verhandlungsvorstand nicht ausgeprochen, so ist damit keineswegs gesagt, daß in der Beitragsfrage nichts geschehen soll. In den einzelnen Städten, die vor der Lohnbewegung stehen, wird man sehr ernsthaft zur Beitragsfrage Stellung nehmen müssen; die Stimmung auf der Städtekonferenz läßt erkennen, daß man in vielen Orten auch vor einer erheblichen Erhöhung des Sozialbeitrags nicht zurücktreten wird. Aber auch in den anderen Fällen, die bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen nicht in Betracht kommen, dürfte vielfach die Stimmung der Erhebung einer Kampfsteuer recht günstig sein.

Die kommenden Wochen werden wichtige Entscheidungen bringen; für den Verband und seine Mitglieder steht großes auf dem Spiel. Der Ernst, mit dem die Holzarbeiter ihre Kriegsvorbereitungen treffen, wird einen Eindruck auf die Unternehmer hinsichtlich nicht verfehlen.

Maler. Vom 5. bis zum 13. November wurden in Berlin Verhandlungen über ein Reichsstatistikgesetz gepflogen. Leiter der Verhandlungen waren Magistratsrat Dr. Schulz (Berlin), Gerichtsrat Dr. Brenner (München) und Beigeordneter Rat (Erfen). Die Verhandlungen kamen zum Abschluß und die Nr. 48 des Verbandsorgans der Maler enthält den Wortlaut des Reichsstatistikgesetzes. Ueber diesen soll bis zum 18. Dezember in Mitgliederversammlungen abgestimmt werden. Gleichzeitig sollen die Mitgliederversammlungen darüber entscheiden, ob sie die Arbeitervertreter auch zu Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit ermächtigen wollen. Die endgültigen Resultate sollen einer Urabstimmung unterworfen werden.

Stenografie. Durch Urabstimmung wurde im Verband der Stenografen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Von 7647 zahlenden Mitgliedern haben sich 6027 oder 78,81 Prozent an der Abstimmung beteiligt, und von den abgegebenen Stimmen sind nicht weniger als 3141 oder 52,11 Prozent für die Einführung abgegeben worden, während 2869 oder 47,89 Prozent dagegen stimmten. 0,27 Prozent der abgegebenen Stimmen waren unglücklich. Das Verbandsorgan bemerkt dazu in seiner Nr. 47:

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist abgelehnt, denn die erforderlichen 60 Prozent der abgegebenen Stimmen wurden nicht erreicht. Alle Mühe und Aufklärungsarbeit ist wiederum bezwecklos gewesen. Nur eins steht schon heute fest: es ist das Letztmal, daß diese Frage in vernünftigem Sinne entschieden wird; denn ganz gewiß ist die Zahl derjenigen Kollegen gestiegen, welche die Arbeitslosenunterstützung als eine Notwendigkeit betrachten und, was wohl die Hauptsache ist, auch bereit sind, die Beiträge dafür zu zahlen.

Neues Gewerkschaftshaus. Die organisierte Arbeiterschaft Altensachsen konnte anfangs November ihr eigenes Heim - das Gewerkschaftshaus zum Hauptplatz - eröffnen. Der Konsumverein kaufte den Gasthof zum Hauptplatz und baute ihn aus. Dem Gewerkschaften war durch Abmietung die Möglichkeit gegeben, den seit Jahren gelegenen Bunker, für die reisenden Arbeitsbrüder bessere Unterkunft schaffen zu können, zu verwirklichen. Weiter konnten der Neuzeit entsprechend eingerichtete Restaurations- und Gesellschaftsräume geschaffen werden. Die Verwaltung liegt in Händen einer Genossenschaft m. b. H.

Vom Pensionskassenwesen. Die uns aus Erfen mitgeteilt wird, ist die von einigen früheren Kruppischen Arbeitern gegen die Kruppische Pensionskasse angebrachte Klage auf Zurückzahlung der eingezahlten Beiträge am 25. November vom Essener Landgericht zur Entscheidung gekommen. Die Klage wird jedoch weitergeführt; die beteiligten drei Organisationen der Kruppischen, christlichen und sozialdemokratischen Richtung tragen die Kosten des Rechtsstreits, wenn die Klageabweisung bestehen bleibt. Die Prozesse sollen dann später für ein Vorgehen im Deutschen Reichstag Verwendung finden.

Um die Ausschaffung guter Bücher auch minderbemittelten Arbeitern zu ermöglichen, hat die Zeitung der Leipziger Arbeiterbuchhandlung (Leipziger Buchdrucker-Kriegsvereins) Abteilung Buchhandlung ein neues Verfahren eingeführt, das nachgeahmt zu werden verdient. Sie gibt Karten aus, die in allen Filialen der Buchhandlung, in den Bibliotheken der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaften und ferner in allen sonstigen Büros der Arbeiterorganisationen zu haben sind. Auch sind dort Büchermarken zu haben. Es werden ausgedruckt: rote Karten, dazu Karten à 50 Pf., dann Karten à 10 Pf., dann Karten à 5 Pf., dann Karten à 2 Pf. Jeder Karte ist ein Verzeichnis der Bücher beigefügt, die nach dem Namen der Karte zu haben sind. Die roten Karten sind für die Bücher à 50 Pf., die anderen Karten für die Bücher à 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf. Die roten Karten sind für die Bücher à 50 Pf., die anderen Karten für die Bücher à 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf. Die roten Karten sind für die Bücher à 50 Pf., die anderen Karten für die Bücher à 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf.

werden ausgedruckt: rote Karten, dazu Karten à 50 Pf., dann Karten à 10 Pf., dann Karten à 5 Pf., dann Karten à 2 Pf. Jeder Karte ist ein Verzeichnis der Bücher beigefügt, die nach dem Namen der Karte zu haben sind. Die roten Karten sind für die Bücher à 50 Pf., die anderen Karten für die Bücher à 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf. Die roten Karten sind für die Bücher à 50 Pf., die anderen Karten für die Bücher à 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf.

Wir hatten dieses System für sehr gut und bebauern nur, daß niemand schon früher darauf verfallen ist. Es wird den anderen Parteienbuchhandlungen (schwerlich möglich) sein, es nach vorzunehmen einzuführen. Indessen kann es ja auch noch nach Weihnachten angewendet werden. Wir wünschen diesem System reichen Gebrauch und viel Nachahmung.

Gewerbegerichtliches.

Entlassung vor Beendigung des Akkords. Der Schlosser S. arbeitete bei der Firma Sch. teils in Akkord, teils in Zeitlohn. Er bekam zwei Selbstentlohnungen für Drehmaschinen in Akkordlohn zur Ausführung für 110 M. Am 13. Juli lieferte er die Entlohnung ab; an einem waren noch 6 Stunden zu arbeiten. Weil der Akkord noch nicht fertig war, bekam S. die Arbeit in Stundenlohn von 60 M. bezahlt. Er stellte wiederholt die Forderung, den Akkord fertigstellen zu können, damit er nach Abschluß in Höhe von 90,80 M. erhalte. Anfang Oktober stellte Koppe die Arbeit ein und klagte am 28. Oktober vor dem Gewerbegericht in Magdeburg auf Auszahlung dieses Betrages. In der Fabrikordnung ist die Bestimmung enthalten, daß vor Fertigstellung eines Akkords nach Stundenlohn bezahlt wird. Aus dieser Bestimmung leitete die Firma das Recht der Lohnverweigerung her. Das Gericht war der Meinung, daß die Bestimmung nur Gültigkeit haben könne, wenn der Arbeiter an der Nichtfertigstellung eines Akkords die Schuld trifft. Dieses sei hier nicht der Fall, denn S. habe ja verlangt, den Entlohnung fertigzustellen. Es sei eine unbillige Handlungsweise, dem Arbeiter seinen Lohn auf solche Art vorzuenthalten. Der Firmenbetreiber erklärte, den Lohn zahlen zu wollen, und zwar 25,50 M. an den Kläger, den Rest an dessen Mitarbeiter. (Nach der Magdeburger Volkszeitung.)

Verlornes Werkzeug. Der Monteur P. war im Dezember 1907 bei den Felten-Gullcaume-Lahmeyer-Werken eingetreten. Im Februar 1908 bekam er einen Werkzeugkasten und im Juli 1909 mußte er eine Erklärung unterschreiben, wonach er mit seinem Lohne für das übergebene Werkzeug hafte. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses wurden ihm 24,79 M. vom Lohn einbehalten für angeblich verlorengegangenes Werkzeug. Die Firma konnte aber in keiner Weise nachweisen, was für Werkzeug der Monteur bekommen hat. Die Firma wurde vom Dortmund-Gewerbegericht am 24. September zur Herauszahlung des einbehaltenen Betrags verurteilt, da mindestens der genaue Nachweis über das übergebene Werkzeug hätte gebracht werden müssen. (Nach der Dortmund Arbeiterzeitung.)

Arbeiterversicherung.

Einiges aus der Praxis der Unfallversicherung. Ein Unfall, der entschädigt werden soll, muß nicht nur im Wanne des Betriebes, bei der Arbeit für und durch den Betrieb sich ereignet haben, sondern der Unfall muß auch nachgewiesen werden können. Hunderte von geringen Unfällen werden nicht beachtet. Der betreffende Arbeiter arbeitet weiter, ohne daß sonst jemand von der Verletzung Kenntnis erhält. Eine Unfallmeldung an die Berufsgenossenschaft durch den Unternehmer wird daher auch nicht erstattet. Nach Wochen, Monaten, sogar nach Jahren aber können sich die Folgen des Unfalls stärker oder überhaupt erst bemerkbar machen. Was dann? Es ist möglich, daß die Glaubwürdigkeit des Verletzten beim Streitverfahren bei den Unfallversicherungsinstanzen anerkannt wird. Grundbedingung ist aber, daß sich der Verletzte in keine Widersprüche verwickelt, was nach längerer Zeit oft sehr schwer zu vermeiden ist. Die ärztlichen Gutachten spielen in solchen Fällen mit die Hauptrolle. Sehr häufig ist der Satz im Gutachten des Arztes zu finden: „Wenn der Unfall nachgewiesen, ist ein Unfall durch Unfall oder indirekter Zusammenhang von Unfall und Leiden gegeben oder wahrscheinlich.“ Da die Folgen der geringsten Verletzung, Prellung etc. nicht vorauszuweisen sind, sollte es sich jeder Verletzte zur Mahnung dienen lassen, bei einem wenn auch noch so geringfügigen Unfall sich einen Zeugen zu sichern. Die oft leichtfertig hingeworfene Nebenbemerkung: „Herrgott, jetzt hab' ich mir wehe getan“, würde oft genügen, den Unfall durch Zeugen nachzuweisen. Ist gar kein Augenzeuge vorhanden, so soll der Vorgang unmittelbar darauf dem einen oder andern erzählt werden. Wie notwendig das hier Gesagte ist, will ich mit einigen Beispielen aus der Praxis belegen.

Der Mechaniker K. in München hatte Beschwerden im Kniegelenk. Er stand in Behandlung eines praktischen Arztes, der die Diagnose „Rheumatismus“ stellte. Gelegentlich des Krankengeldbezugs traf ich K. in der Ortskrankenanstalt. Weil persönlich befreundet, habe ich K. wegen seines Leidens angesprochen. Unter anderem habe ich auch gefragt, ob er sich vielleicht einmal etwas wehgetan habe. Er konnte sich dann erinnern, daß er sich einmal beim Treten einer Fußdrehbank das Knie an die Wange der Drehbank gestoßen habe. Die Untersuchung mit Röntgenstrahlen hat ergeben, daß nicht Rheumatismus, sondern sogenannter Gelenksmäuse (das sind Knorpelabspaltungen durch mit Gewalt einwirkende Ereignisse) vorhanden waren. Das ärztliche Gutachten lautete: „Wenn der Unfall nachgewiesen ist, ist das Leiden zweifellos Folge des Betriebsunfalles.“ Nun mußte der Unfall nachgewiesen werden. Gemäß § 64 des G.-U.-V.-G. hat die Ortsbehörde auf Antrag der beteiligten Klassen die Unfalluntersuchung vorzunehmen. Auf Sandgebäude haben eventuelle Zeugen ihre Aussagen zu machen. Glücklicherweise konnte sich ein Nebenarbeiter nach drei Jahren erinnern, daß er dem K. hat damals einen Schmerzruf ausstoßen hören und daß er beobachtet hat, daß er einige Zeit sich niedergekniet hatte, bevor er wieder weiterarbeiten konnte. Die Folge war, daß die Berufsgenossenschaft den Unfall entschädigen mußte. K. erhielt für die Dauer der völligen Erwerbsunfähigkeit die Vollrente und nach überstandener Operation eine Rente von 25 Prozent bis auf weiteres.

Ein ähnlicher Fall: Ein Arbeiter hatte Gelenksmäuse im Ellenbogen. Der Unfall mußte nach mehreren Jahren nachgewiesen werden. Wie oft kommt es vor, daß ein Arbeiter (Schlosser beim Feilen) sich an den Ellenbogen stößt, die Folgen können wie beim obengedachten Fall sein. Weil sich aber die Folgen oft erst nach späterer Zeit einstellen, man sich aber auch außerhalb des Betriebes stoßen kann, deshalb muß der Betriebsunfall nachgewiesen werden.

Ein anderer Fall: Der Schmiedehelfer B. in München erlitt eine Prellung der Hand. Er war an und für sich mit Rheumatismus befallen. Er selbst machte bei der Unfalluntersuchung widersprechende Angaben. Er sagte, daß er sich einmal geprellt habe und durch das fortwährende Draufschlagen habe sich die Hand verstaumert, so daß er nicht mehr arbeiten konnte. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigungspflicht ab mit der Begründung, daß mehr Gewerkekrankheit als momentanes Ereignis vorliege. Durch den Feuerbrand konnte aber der Unfall erwiesen werden, da er unter Eid bei der Schiedsgerichtsbehandlung aus sagte, daß dem Helfer B. bei einem Schlag der Hammer umkippte und so aus der Hand glitt.

Der Schneider J. in München litt schon vor einem Unfall an Knochenverwundung. Gelegentlich eines Ganges auf den Abort verstauchte er sich den Fuß. Ein Augenzeuge war nicht vorhanden. J. arbeitete noch weiter unter Schmerzen und Hinken. Das ärztliche Gutachten sprach von einer verheiltem Einwirkung auf ein schon vorhandenes Leiden. Der Fuß mußte amputiert werden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung ab, da der Unfall

nicht nachgewiesen werden konnte. J. konnte bei der Schiedsgerichtsbehandlung nachweisen, daß er nachträglich einem Kollegen den Fuß erlitten hat, worauf ihm die Rente zugesprochen wurde.

Ein Kaufmann K. erkrankte gelegentlich eines Gesprächs einem Ingenieur er habe beim Abstieg von einer Treppe dadurch den ganzen Körper erschüttert, daß er seine Stufen mehr vermischt und so mit der ganzen Körperperipherie auftrat. Nachträglich stellten sich Muskelschwächen ein, die vom Arzt als Verstaumung bezeichnet wurden. Dem Arzt hatte K. keine Mitteilung von dem Vorgang gemacht. Bei späterer Untersuchung wurde die Frage gestellt, ob er sich nicht an ein Trauma (äußere Einwirkung) erinnern könne. Nach Kenntnisaufnahme des Falles konnte der Arzt feststellen, daß hier die Folgen eines Unfalles vorliegen. Bei den Verhandlungen am Schiedsgericht und am Reichsversicherungsamt wurde dem Gespräch mit dem Ingenieur große Bedeutung beigelegt und dadurch der Unfall als erwiesen angesehen.

Aus vorstehenden Beispielen glaube ich nachgewiesen zu haben, wie nötig es ist, den bestehenden Unfall sofort in Kenntnis zu setzen, daß ein Unfall vorliegt, ferner, daß im Interesse des Beschädigten der Nachweis des Unfalles geführt werden muß. Wenn Mahnung an die Versicherer soll sein, zu beherzigen, daß keine Ursachen große Wirkungen haben können.

Stehtragenproletariat.

Vor uns liegt folgendes Schreiben, das einen weiteren Beitrag zur Bezahlung des technischen Personals in der Industrie darstellt: „Wetter, 16. November 1909. Herrn... Wir nehmen höflich Bezug auf das heutige Schreiben der Rentner Maschinenfabrik und erklären uns hiermit bereit, Sie als Zeichner für unsere Abstellung Kranbau per 1. Januar 1910 gegen ein postnumerando zahlbares Gehalt von 80 M. monatlich zu engagieren, unter der Bedingung, daß Sie unser Anerbieten bis Ende dieses Monats annehmen, was Sie uns gefl. schriftlich bestätigen wollen. Sollten Sie verheiratet sein, würden wir Ihnen Ihre Auslagen für einen eventuell notwendig werdenden Umzug vergüten. Hochachtungsvoll U. Studenholz, V.-G., Wetter. Rentner.“

Ein Kommentar ist wohl überflüssig. Der Adressat ist allerdings ein verheirateter jüngerer Mann. Infolge der im vorigen Jahre erfolgten Fusion der drei bedeutendsten Kranbaugesellschaften ist auf der Rentner Maschinenfabrik 150 Personen vom technischen Personal gekündigt worden, die man nun in den fusionierten Betrieben Studenholz in Wetter oder Bochum & Reetmann in Duisburg zum Teil wieder unterbringen will.

Gelbe Erlöse.

Von dem Millionenüberschuß, den die bekannte Maschinenfabrik Augsburg-Neuburg im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielt, wurde dem gelben Werkverein die Summe von 100 000 M. überwiesen - für Arbeiterwohlfahrtsrichtungen, wie es in dem Geschäftsbericht heißt. Nun ist aber die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg durchaus nicht willens, etwas herzugeben, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu fordern, und so folgte eine ganz empfindliche Lohnverminderung auf dem Fuße. Die den Arbeitern angekündigt wurde, soll nach und nach die Akkordarbeit ganz abgeschafft werden und ist in der Werkstätte für Schnellpressenbau bereits der Anfang gemacht worden. Die neue Einführung bringt den davon betroffenen Arbeitern einen Minusverlust von 20 bis 50 Prozent, da sie nun die gleiche Arbeit zu einem erheblich niedrigeren Stundenlohn leisten müssen. Um die gleiche Arbeitsleistung wie früher zu erzielen, ist das Aufjagpersonal vermehrt worden.

Wenn man von vornherein die Absicht hat, die Arbeiter über den Stoff zu barbieren, kann man es auch nicht viel anders machen. Auf diese geniale Art besteht es die Direktion vorzuziehen, nicht nur die „gelben“ Summe herauszuschlagen, sondern zu dieser noch das Drei- und Vierfache, während die Arbeiter, die dumm genug waren, zu glauben, daß ihnen die Zugehörigkeit zum gelben Verein Vorteile bringen könnte, wehrlos zusehen müssen, wie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen von Tag zu Tag verschlechtert werden. Kennenwerte Vorteile durch die „gelbe Bewegung“ können nur verhältnismäßig wenigen „Ausserlesenen“ zuteil werden, wenn dem Unternehmer der durch die „gelbe Bewegung“ erzielte Extraprofit nicht zum Teufel gehen soll. Die Möglichkeit, auch zu diesen „Ausserlesenen“ gehören zu können, soll dann aber als Köder für die übrigen Arbeiter dienen, damit diese dann auf jede selbständige Regelung zur Vertretung ihrer Interessen verzichten.

Sich halt! Bald hätten wir den Haupterfolg der „gelben Bewegung“ vergessen. Sie macht sich nämlich recht auch bezahlt - für die Firma und deren Aktionäre. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurde nämlich ein Reingehwin von nicht weniger als 3 197 950 M. erzielt, wodurch es möglich wurde, an die Aktionäre 10 1/2 Prozent Dividende zu verteilen. Da sind kumpige 100 000 M. zur Einsetzung der Arbeiter leicht übrig.

Vom Ausland.

Schweden.

Dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gingen vom 15. bis 27. November folgende Unterstützungsgelder ein:

Von Seite 210 M. Halle 1000. Heilbronn 80. Hildesheim 200. Memmingen 10. Speyer 15,15. Weimar 100. Weingarten 15. Wilhelmshaven 150. Wriezen 31,20. Durch G. Förster von Dieblichhofen 8,10. Differdingen 3,50 und Wallingen 6,50. F. Lafr (Hammerau bei Weichenhall) 5,60. F. Wölper (Kornwestheim) 10,51. Bisher quittiert 290 815,47 M. Dazu kommen 1845,56 M. Summa 292 661,03 M.

Frankreich.

Die Krise in der französischen Metallindustrie ist ungleichmäßig überwunden. Schon seit einigen Monaten konnte man speziell in der Maschinenbauindustrie des Seinedepartements ein fröhlicheres Aussehen auf dem Arbeitsmarkt beobachten, und gegenwärtig kann gesagt werden, daß es langsam, aber stetig besser wird. Besser natürlich nur bis zum nächsten wirtschaftlichen Rückschlag. Nur in der Uhrindustrie des Departements Hoch-Savoien herrscht noch eine außerordentliche Arbeitslosigkeit und hier sind vorläufig noch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es anders wird. Von den 55 Syndikaten in der Metallindustrie mit 19 019 angegebene Mitglieder, die für September 1909 dem Arbeitsministerium ihre Arbeitslosenzahlen übermittelten, waren 4,1 pro 100 arbeitslos gegen 4,1 im Monat August 1909 und 7,8 im September 1908. Für Paris kommt vor allem die Union der Maschinenbauer in Betracht und diese hatte im Berichtsmonat bei etwa 1000 Mitgliedern 28 Arbeitslose gegen 98 im September 1908. Die gesamten berichtenden Syndikate aller Berufs mit 259 832 Mitgliedern gegen 15 928 Arbeitslose an, was im Durchschnitt einer Arbeitslosigkeit von etwa 6,1 pro 100 entspricht, gegen 7,2 im September 1908. Die Durchschnittszahlen für die Metallindustrie sind also gegenwärtig bedeutend günstiger als die für die gesamten Berufsstände.

Die Uhrindustrie allein macht eine Ausnahme. Während in allen anderen Berufen der Metallindustrie die Zahl der Arbeitslosen immer mehr und mehr abnimmt, ist von allem bei den Uhrmachern noch nichts zu konstatieren. In dieser Industrie setzte hier die Krise im Februar 1908 ein, und sie hält, von einigen geringen Schwankungen der Arbeitslosenziffern abgesehen, gleichmäßig an. Die französische Uhrindustrie konzentriert sich vor allem auf die Departements Doubs und Hoch-Savoien. Nach der Berufsstatistik sind im Departement Doubs auf 10 000 Einwohner 385 im Uhrmachergewerbe beschäftigt. In Hoch-Savoien kommen auf dieselbe Einwohnerzahl 118 Uhrmacher. In beiden Bezirken tötet die Krise

mit großer Begeisterung. Sie waren beständig in Paris 43 pro 100 und in Belgien 27 pro 100 Arbeitslose für den Bericht vom 1. September vorhanden, und die noch in Arbeit stehenden Arbeiter in beiden Ländern in nur fünfjähriger Zeit. In dem im Department Doubs gelegenen Jacquot-Werk sind für den gleichen Monat 65 pro 100 Arbeitslose angegeben und die tägliche Verdienstmöglichkeit beträgt 7 Stunden. Die Höhe, die die Arbeiter in der letzten Krise verdienen, sind wahrhaft erbärmlich. In den guten Konjunktur, bei effizienter Arbeit, verdienen ein Arbeiter 2,50 bis 3 Fr. und eine Frau 1,25 Fr. im Durchschnitt pro Tag. Jetzt ist der Lohndienst für Arbeiter auf 1,75 und 1,50 Fr. gesunken. All diese Misere wird noch die Krise aufgeführt durch das „Tribune“, das bei einem großen Teil der Unternehmer im Schwunge ist. In den von den Unternehmern verwalteten „Gononnet“, neuerdings werden diese Fremdsprachen in betrüblicher Weise Konsumvereine genannt, bezahlt der Arbeiter Lebensmittel, Kleidung und Werkzeuge mit unerschämtem Aufschlag, so daß der üblichen monatlichen Lohnzahlung in den meisten Fällen sehr wenig bzw. Geld ausbezahlt wird. Nicht selten ist der Arbeiter an Lohnzahlungstag noch der Schuldner des Unternehmers und so tiefen auf Grund und Ungnade ausgeliefert. Alle möglichen Vorwände dienen dazu, ihn in absoluter Abhängigkeit zu erhalten und vor allem den Gewinn des Unternehmers zu steigern. Zum Beispiel in einer Fabrik in dem Neden Matras, in Hoch-Savoien gelegen, wird den 60 dort beschäftigten Arbeitern monatlich 1 Fr. vom Lohn abgezogen zur Entschädigung des Fabrikportiers. Die Einführung von motorischer Kraft gab in Belgien den Lohn zum Abzug von monatlich 4 Fr. Für Nicht-Kommt 1 Fr. pro Monat und Arbeiter in Abzug. Die Unternehmer verstehen hier ihr Geschäft und kommen unter solchen Verhältnissen trotz der rückständigsten Werkzeuge und Arbeitsmethoden immer auf ihre Rechnung. Jeder gewerkschaftlichen Bewegung setzen sie natürlich den heftigsten Widerstand entgegen und es ist aus diesem Grunde für den französischen Metallarbeiterverband äußerst schwer, festen Fuß zu fassen und mehrheitlich an die Beseitigung dieser unwürdigen Zustände heranzugehen. Gewiß existieren in den verschiedensten Ortschaften Ortsvereine der Metallarbeiter, jedoch sind diese noch zu schwach, um in dauernder und wirksamer Weise die Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen. Und dann ist gegenwärtig durch die Krise eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen vollständig ausgeschlossen. Der Metallarbeiterverband hat trotzdem durch einen seiner Sekretäre in verschiedenen Zentren der Uhrindustrie Propagandaabermählungen abhalten lassen, die allen Unternehmern zum Trotz gut besucht waren und dem Verband eine Anzahl neuer Mitglieder brachten. Hoffentlich gibt eine bessere Konjunktur tiefen in unermesslicher Weise ausgebeuteten Uhrarbeitern bald Gelegenheit, ihr erbärmliches Los einigermaßen menschenwürdig zu gestalten.

Der Zusammenbruch der französischen Gewerkschaften und die Enthüllung zu Industrieverbänden macht immer mehr Fortschritte. Nach dem im Jahre 1906 geschaffenen Industrieverband der Bauarbeiter und der zu Pfingsten 1909 gegründeten Einheitsorganisation der Metallarbeiter schließen sich nunmehr auch die Bergarbeiter enger zusammen. Anfangs nächsten Jahres wird in Wien ein gemeinsamer Kongress der Bergarbeiter- und Schieferarbeiterorganisationen stattfinden zur Vermählung beider Organisationen zu dem Verband der Untergundarbeiter.

Die dritte Richtung unter den französischen Syndikalisten hat nun auch ihr Organ erhalten. Die Reformisten haben l'Action ouvrière, die Revolutionäre La vie ouvrière und La Voix du Peuple, und die „Nichtreformisten“ und „Nichtrevolutionäre“ haben das neue Blatt Terre libre. Dieses letztere, um das sich anarchistische Syndikalisten vom konfusesten und abscheulichsten Kaliber scheren, ist in sehr bezeichnender Weise für die Richtung, nach der die Syndikalistische Bewegung führt, von den französischen Monarchisten in deren Standardblatt l'Action française aus der Taufe gehoben worden. In der ersten Nummer wenden sich die Herausgeber, natürlich mit der Betonung, keine Politik zu treiben, gegen die sozialistische Partei und machen in ungeschicklicher Weise Bekanntschaft für die monarchistische und antiparlamentarische Zeitung l'Action française und deren Bestrebungen. Es ist also durchaus leicht, zu erkennen, woher das Geld für diese neue Syndikalistische Gründung kommt. Zeitig darf man nur darauf sein, wieviel französische Arbeiter bei der mangelnden sozialistischen Erziehung auf diesen neuesten Erld ihrer „revolutionären“ Führer hineinfallen.

Amerika.

Folgende Notiz, die wir der Nr. 46 der in Cincinnati erscheinenden Arbeiter-Zeitung entnehmen, ist charakteristisch für die Verhältnisse im „freien“ Amerika, dem angeblich „vollkommenen Lande der Welt“. Sie lautet:

Die Selbstlosigkeit des weißen Arbeiters tritt langsam an die Stelle der angeblich aufgehobenen Sklaverei der Schwarzen, schreibt die Chicagoer Arbeiter-Zeitung. Aus kommt ein Zirkular eines gewissen Robert Knapp, Kommissar, 66 New England Building, Cleveland, O., zu Gesicht. Der Knapp ist Vertreter der National Metal Trades Association (Unternehmerverband der Metallarbeiter). Aus diesem Zirkular geht hervor, daß das Unternehmen bei der Anstellung von Lohnarbeitern immer vorzuziehen und herrischer wird. In dem Zirkular wird der respektive Bewerber um Arbeit gefragt, ob er anerkennt:

- 1. daß die Interessen von Unternehmer und Arbeiter die gleichen sind;
- 2. daß jede Beschränkung des Unternehmens des Arbeitgebers oder der Energie der Angestellten zur Beschleunigung von Quantität und Qualität der Arbeit führt und demnach den gegenwärtigen Interessen schädlich ist;
- 3. daß keinerlei Beschränkung in der Zahl der anzustellenden Lehrlinge stattdessen sollte;
- 4. daß Sympathiestreiks, Ausperrungen und Boykotts überbleibsel des Barbarismus sind und demnach für beide Teile sowie das allgemeine Publikum unangebracht und schädlich sind.

Das sind nur einige der Fragen. Die übrigen sind gleiches Charakters. Und der amerikanische Arbeiter bildet sich noch immer ein, daß er im „freien“ Lande der Welt lebt und der „freie“ Bürger aller Nationen ist!

Grafie Legies, der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Zentralen, erhielt am 21. November vom Präsidenten der American Federation of Labor folgendes Telegramm aus Toronto (Kanada):

Die American Federation of Labor hat den Anspruch an das internationale Sekretariat beizulegen.

Dieser Befehl besteht in der Ansicht der gewerkschaftlichen Zentralen einer eventuellen Fortschritt. Unter die Reihen des Präsidenten haben in den letzten Monaten in einem Teil der deutschen Arbeiterklasse Auswandererorganisationen sich gebildet, die eher alles andere bezeichnen, als eine Förderung der Arbeiterbewegung. Zu dieser Polemik ist auf beiden Seiten gearbeitet worden. Wir haben uns nicht für bejagt gehalten, was an diesem Streit zu beteiligen, denn auch unserer Meinung ist es jedoch, sich lediglich aus Fragen und Zeitungsartikeln ein Urteil über die amerikanische Arbeiterbewegung zu bilden. Besonders die von den auf der einen oder der anderen Seite in Amerika Beteiligten herübergehenden Forderungen sind uns in jedem Falle sehr lebhaft im Gedächtnis und der Ungelegenheit, daß man demnach am liebsten zu urteilen kann. Ein Urteil kann auch unserer Meinung nach nur der Fall, der die Arbeiterbewegung sowohl in Europa als auch in Amerika aus eigener Anschauung genau kennt und das war bei den Führern in diesem letzten Streit kein anderer als der Fall.

Wir hätten diese Polemik eher fernher noch für überflüssig gehalten, wenn sie auf die amerikanische Arbeiterbewegung keine einen Eindruck anlassen würde, auf keinen Fall aber sie in einem Sinne befruchteten. Einziges Bedauern ist die Tatsache, daß die amerikanische Arbeiterbewegung nicht die Aufmerksamkeit der amerikanischen Arbeiterbewegung des westlichen Teils der amerikanischen Gewerkschaften

über ihre Klassenlos und ihre künftige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit sein möge.

Über den Kongress der American Federation of Labor werden wir berichten, sobald ausführlichere Mitteilungen darüber vorliegen.

Literarisches.

(Für Befüllung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Im Verlag von J. B. Metz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Frau und der Sozialismus. Von August Bebel. Fünftausende Auflage. Verbeßert, vermehrt und neu bearbeitet. Jubiläumsausgabe. Die Buchdecke ist von Ulrich Schilling entworfen. XXXII und 519 Seiten. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M. — In der bürgerlichen Literatur sind Ausgaben von hundert und mehr Auflagen keine Seltenheit. Die sozialistische Literatur kennt eine so starke Nachfrage nach einem Werke bis heute nicht. Nur Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ macht eine Ausnahme, es hat einschließlich der unter dem Sozialistengesetz erschienenen Auflagen einen Absatz von rund 117 000 Exemplaren erreicht, trotz oder infolge der heftigen Angriffe, die es seitens der Gegner der sozialdemokratischen Weltanschauung fand. Die Selbstschafflichkeit und glühende Verehrtheit Bebel's in dem Kampf für die Befreiung des Weibes aus taufendjähriger wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung ritzte auf und ritz auch die geistig Trägsten in fort, sie warb dem Sozialismus neue Streiter und vor allem Streiterinnen. Darin ist die große Bedeutung und der Erfolg des Buches zu suchen, — findet sich doch „Bebel's Frau“ ebenso häufig auf dem Schreibtisch der Frauen des Bürgerstandes wie auf dem Schreibtisch der Arbeiterfrauen. Die in neuem Gewande vorliegende Jubiläumsausgabe wird für viele eine willkommene Gabe für den Weihnachtstisch sein. — Eine geringe Preiserhöhung machte sich schon lange durch die Erweiterung des Textes notwendig — jetzt war sie nicht mehr zu umgehen.

Der gelbe Sumpf. Ein Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeitervereine durch Einführung in einige Bebius-Briefe. Zweite, erweiterte Auflage. Stuttgart 1909. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie. 48 Seiten. Preis 10 S. — Im Anfang dieses Jahres kam die erste Auflage dieser Broschüre heraus. Unsere Kollegen werden nicht veressen haben, daß sie wie eine Bombe einschlug und bei dem so schwer getroffenen Lebius eine Schimpfkanonade auslöste. Sie fand nicht nur bei unseren Kollegen und Genossen Beachtung, sondern auch bei unseren gewerkschaftlichen Gegnern, die fürchten mußten, daß die gelben Organisationen ihnen eine ernsthafte Konkurrenz machen könnten. Lebius hat — auf seine bekannte Weise natürlich — zugehen müssen, daß er wirklich solche Briefe, wie die in der Broschüre enthaltenen, losgelassen hat. Die vorliegende zweite Auflage ist um einen halben Bogen vergrößert worden; sie enthält außer einer Abhandlung mit der Überschrift: „Was ist die gelbe Arbeiterbewegung?“ noch zahlreiche andere Briefe von Lebius, die beim Abschluß der ersten Auflage noch nicht in den Händen der Herausgeber waren. Bekanntlich hat Lebius sämtliche Prozesse, die er nach seinem früheren Grundsatze: „Zuerst Klagen!“ angehängt hatte, zurückgezogen. Bei der Lektüre dieser Broschüre merkt man deutlich, daß er guten Grund dazu hatte.

Nouveau Illustrierter Volkskalendar. 29. Jahrgang 1910. Verlag der New Yorker Volks-Zeitung. 15 Spruce Street, New York. N. Y. Box 1512. 112 Seiten. Preis 25 Cents. — Einer der interessantesten und bestausgestatteten Arbeiterkalender, der uns je in die Hände gekommen ist.

Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1910. Aus dem Inhalt dieses allgemein beliebten Kalenders haben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerungen und Arbeitslohn. — Was die Berufslehre lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspressen. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeitersekretariate und die Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Ausland. — Die deutschen Gewerkschaften. — Kalendarium und Gesichtskalendar. — Vordrücke. — Vielseitiges Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein Bebilderungsportfolio sowie die Portraits der in den Nachwahlen gewählten Genossen Binder, Huber und Schöpflin. — Der Preis des Kalenders ist auf 50 S. herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, einem oft geäußerten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolportage, Zeitungs- und Buchhandlungen.

Schmiede-Notizkalender für das Jahr 1910. Herausgegeben von Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Preis 50 S. Hamburg. Selbstverlag des Zentralvorstandes.

Bildung und Arbeiterklasse. Von Alois Weber. Basel 1909. Verlag des Schriftvertriebes des Arbeiterbundes. 7 Seiten. Preis 20 Rappen.

Grundriss der mechanischen Technologie der Metalle. Von Prof. Siebold Demuth. Mit 29 in den Text gedruckten Abbildungen. Wien und Leipzig, Verlag von Franz Deitike. 176 Seiten. Preis 3 M. — Dieses Buch soll nur ein Grundriss der mechanischen Technologie nach ihrem heutigen Stande sein; deshalb vermeidet der Verfasser auch alle historischen Abhandlungen und gibt nur das, was zu einer allerdings umfassenden Einsicht in die verschiedenen Zweige der Technologie notwendig ist, wobei er dann aber auch nicht verläßt, die wahren Grundgesetze der Technik zu berücksichtigen. Der erste Abschnitt behandelt die Eigenschaften und die Verwitterung der verschiedenen Metalle, der zweite die passiven Hilfsmittel (Mittel zum Reiben, zum Anziehen und zum Anlassen und Gefällten), der dritte die Gießerei, das Schmieden, Ziehen, Walzen und Stengen, der vierte das Schneiden und das Lochen nebst den dazu erforderlichen Werkzeugen und Maschinen, der fünfte das Sagen, Falzen und Nieten und der sechste Abschnitt die Verschönerungsarbeiten.

Zinn, Zinn und Blei. Eine ausführliche Darstellung der Eigenschaften dieser Metalle, ihrer Legierungen untereinander und mit anderen Metallen sowie ihrer Verarbeitung auf physikalischem und chemischem Wege. Für Metallarbeiter und handwerkliche Geschäfte von Carl Köster. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 17 Abbildungen. Wien und Leipzig 1908. A. Hartlebens Verlag. (Band 109 der Chemisch-technischen Bibliothek). 248 Seiten. Preis gebunden 3,25 M., gebunden 4,05 M. — Die nun vorliegende zweite Auflage des Buches ist vollständig umgearbeitet und wesentlich vermehrt und ergänzt worden. Neben der Beschreibung und Verarbeitung und weiteren Verwertung der Metalle Zinn, Zinn und Blei nur kurz erwähnt, dagegen das Schwergewicht der Darstellung auf die Beschreibung ihrer Eigenschaften, ihrer Verwendung und Verarbeitung und weiteren Verwertung verlegt. Zu diesem Zweck wurde eine große Zahl neuer und bewährter Vorschriften zur Herstellung von Legierungen, Darstellung wichtiger Präparate, Färbungen u. i. m. aufgenommen, auch die Zahl der erläuternden Abbildungen vermehrt. Auch diese zweite Auflage des Buches dürfte in den Kreisen der Interessenten eine freundliche Aufnahme finden und aller, die sich mit der Verarbeitung der Metalle Zinn, Zinn und Blei befassen, ein bewährter und empfehlenswerter Ratgeber sein.

Ich habe meine Mutter! Die Jugendgeschichte eines Findelkindes. Dargestellt von Max Winter. (Lehrbuchreihe, Band 3.) 108 Seiten. Verlag von Ernst Reinhardt in München. Preis broschiert 1 M., gebunden 1,30 M.

Au die Leser der Metallarbeiter-Zeitung!

Ihre Aufschriften an die Redaktionen ist die genaue Adresse des Abenders beizugeben. Wer dies unterläßt, hat zu gewärtigen, daß seine Aufschrift unbeachtet bleibt.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
- Samstag, 4. Dezember:**
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Augsburg. Neue Welt, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 5. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Montag, 6. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Dienstag, 7. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.

- Mittwoch, 8. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Donnerstag, 9. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Freitag, 10. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 11. Dezember:**
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Kassel. Wiese, halb 9 Uhr.
 Göttingen. Wiese, halb 9 Uhr.
 Albstadt. Wiese, halb 9 Uhr.
 Wiesbaden. Schanze, halb 9 Uhr.
 Frankfurt. Kaiserhof, 9 Uhr.
 Regensburg. Schräder, halb 9 Uhr.
 Mannheim. Blaue Traube, 8 Uhr.
 Neustadt. Forelle, halb 9 Uhr.
 Heidelberg. Adam-Melex, halb 9 Uhr.

Vertrauensmänner der Orts-Verwaltungen etc.

Albstadt. (Feilenhauer.) Umwickeln verboten. Arbeitsnachweis im Vorwärts. Dasselbe wird auch das Gehalt ausbezahlt.
 Berlin. Vertrauensmännerkonferenz. Metallbinder Montag, 6. Dez., abends 6 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.
 Bielefeld. (Feilenhauer.) Das Umwickeln in Bielefeld, Braackweide und Schloß-Holte ist streng verboten. Arbeitsnachweis im Bureau. Zurückgehenden wird das Gehalt ausbezahlt.
 Bremen. Den Gewerkschaften um die hiesige Gewerkschaftsvereine für die Nachricht, daß der Kollege Fr. Deine (Köln) geholt worden ist. Den übrigen Gewerkschaften besten Dank.
 Chemnitz. (Vertrauensmänner der Reichmetallwerke.) Samstag, 11. Dezember, im Volkshaus.
 Göttingen. Das Geschäftsgremium ist Sonntag geschlossen.
 Hildesheim. Der Kaiserer Heinrich Schulze wohnt Kampstr. 25. — Das Reichsgewerkschaftsamt in Hermannstraße 10, ausbezahlt. Sonntags 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags 11 bis 12 Uhr mittags.
 Heilbronn. Reichsgewerkschaftsamt (nur an Ausgesteuerte) von 7-9 Uhr abends bei Metzke im kleinen Storkeneller.
 Stuttgart. (Formen und Feilenhauer.) Umwickeln ist nicht gestattet. Arbeitsvermittlung durch das Städtische Arbeitsamt.
 Stuttgart. Wegen wichtiger Verhandlungsangelegenheiten ersuchen wir um die Übermittlung der Adresse des Kollegen Wilhelm Flaig, Dreher, Buch-Dr. 711375, geboren 11. März 1882 zu Gerstbach.
 Weiskopf. Unser Verbandslokal ist jetzt im „Deutschen Kaiser“. Das bisherige Verbandslokal „Schützenhaus“ ist bis auf weiteres gesperrt.

- Gestorben.**
- Augsburg. Peter Mall, Schmied, 27 Jahre, Magenblutung.
 — Franz Würthard, Schmied, 45 Jahre, Lungenerkrankung.
 Bremen. Wilhelm Erich, Schlosser, 65 Jahre (81).
 — Claus Böhrens, Dreher, 67 J. (82).
 — Wilhelm Fock, Klempner, 37 J. (82).
 Effen. Wilhelm Bock, Dreher, 26 Jahre.
 — Gerhard Becker, Dreher, 43 Jahre.
 Göttingen. Ludwig Borch, Schlosser, 56 Jahre, Herzkrankheit.
 Göttingen. Hermann Feilenhauer, Dreher, Unglücksfall.
 Leipzig. Moritz Schubert, Schlosser, 41 Jahre, Kehlkopfentzündung.
 — Franz Holten, Schlosser, 24 J., Rheumatismus.
 Wülfrath. Friedrich Riechheit, Reijelschmied, 30 Jahre, Unfall.

Privat-Anzeigen.

Maschinisten, hohen Nebenverdienst! welche sich durch den Verkauf eines absolut sicheren Kesselfein-Gegenmittels erwerben wollen, werden um ihre Adresse unter Nr. 1401 an den Verlag dieses Blattes gebeten.

Durch alle Verwaltungstellen, Bevollmächtigten u. Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1910

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder

Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes • Eleganter Druck • Gediegene Ganzleinenband mit Casse und Stiftohr.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto. Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.